

2024/2025 DOKUMENTE · SCHICKSALE · INFORMATIONEN

menschen rechte

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.



Liusiena Zinovkina
Ehefrau des verschleppten ukrainischen
Zivilisten Kostiantyn Zinovkin



Neuestes Urteil der UN-Arbeitsgruppe zu Kuba: 17 Mal Willkür



In der **Pressekonferenz** am 8. Juli in Berlin stellten **Prisoners Defenders** und die **Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)** den neuesten Bericht der **UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierung** vor.

Erfahren Sie mehr über die Lage der Menschenrechte in Kuba und unseren Einsatz dafür. Halten Sie die Kamera Ihres Smartphones über den QR-Code, damit sich die Internetseite öffnet.



Massiver Wahlbetrug in Venezuela: IGFM verurteilt Wahlbetrug und Gewalt gegenüber Zivilisten



Angesichts massiver Unregelmäßigkeiten bei der Stimmenauszählung fordert die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) den venezolanischen Staat rund um den abgewählten Machthaber Maduro auf, die Rechtsstaatlichkeit zu respektieren.

Erfahren Sie mehr über die Lage der Menschenrechte in Venezuela und unseren Einsatz dafür. Halten Sie die Kamera Ihres Smartphones über den QR-Code, damit sich die Internetseite öffnet.



Titelfoto: Liusiena Zinovkina ist die Ehefrau des verschleppten ukrainischen Zivilisten Kostiantyn Zinovkin. Während der Veranstaltung „Café Kyiv“ in Berlin am 19. Februar 2024 besuchte sie den Stand der IGFM und berichtete über das Schicksal ihres Mannes. Später sprach sie auch auf unserer Jahrestagung in Bonn darüber, wo dieses Foto entstand. Am 30. Oktober 2024 war sie Teil einer IGFM-Presskonferenz in Frankfurt am Main gemeinsam mit der ukrainischen NGO „Zivilisten in Gefangenschaft“.

Liebe Freunde der IGFM,

die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wurde 1972 gegründet – also zur Hochzeit des Kalten Krieges. Seit über 50 Jahren unterstützen wir Menschen, die gegen autoritäre Herrschaft und Diktaturen protestieren und sich dagegen auflehnen. Dabei greifen wir häufig Schicksale auf, über die zuvor kaum berichtet wurde.

Drei Beispiele:

Dass in einem Krieg Soldaten gefangen genommen werden, ist wenig überraschend. Von russischen Truppen werden aber auch ukrainische Zivilisten verschleppt und festgehalten. In den Gefängnissen erleiden sie Kälte, Dunkelheit, Elektroschocks, Vergewaltigung und Entmenschlichung. Über 14.000 Zivilisten sind derzeit in den besetzten Gebieten der Ukraine und in Russland illegal in Gefängnissen eingesperrt. Die IGFM steht mit Familien von Zivilgefangenen in Kontakt und setzt sich für die Freilassung von über 60 namentlich bekannten Personen ein. Russland gibt keine Auskunft darüber, wo und wie viele Ukrainer inhaftiert sind.

Zweites Beispiel:

Es ist bekannt, dass es in Russland zahlreiche politische Gefangene gibt. Weniger bekannt ist, dass es in Russland sogar minderjährige politische Häftlinge gibt. Wir haben den Fall des 16-jährigen Schülers Arsenij Turbin dokumentiert. Er wurde am 5. September 2023 unter dem Vorwurf der angeblichen „Teilnahme an einer extremistischen Vereinigung“ festgenommen. Ein Gericht stellte Arsenij zunächst unter Hausarrest. Am 20. Juni 2024 wurde er zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt. Aktuell ist er in der Untersuchungshaftanstalt Nr. 5 in Moskau inhaftiert. Die IGFM hat Kenntnis von über 130 jugendlichen inhaftierten Kriegsgegnern.

Drittes Beispiel:

Ähnlich wie Russland die Ukraine mit Krieg überzieht, droht China Taiwan mit Krieg. Taiwanische Politiker landen auf Pekings schwarzer Liste, weil sie der „Anstiftung zum Separatismus“ beschuldigt werden. Viele Taiwaner arbeiten auf dem Festland. Sie sind besonders gefährdet.

Mit dieser Sonderausgabe der Zeitschrift „Menschenrechte“ wollen wir Ihnen einen aktuellen thematischen und geographischen Überblick zur Arbeit der IGFM geben. Ich wünsche Ihnen eine anregende und informative Lektüre.

Edgar Lamm

Vorsitzender, IGFM – Deutsche Sektion e.V.

SCHICKSALE / FALLBETREUUNG

Hoffnung auf Freilassung durch politische Patenschaften	4
Belarus: Mehr als 1.300 Protestler seit über vier Jahren in Haft.....	5
Belarus: „Der günstige Moment ist gekommen“ – Interview mit Tatsiana Khomich.....	7
Russland/Ukraine: Hilfe für gefangene ukrainische Zivilisten gefordert.....	9
Russland: Anwälte von Alexej Nawalny in Haft.....	11
Russland: Putins jüngste Gegner – Jugend hinter Gittern.....	13
Iran: Frauenschicksale.....	16
Nachruf: Jamshid (Jimmy) Sharmahd nach Schauprozess hingerichtet.....	17
Aktion „Gefangene des Monats“	18

INFORMATIONEN

Ukraine: „Stimmen des Krieges“ – das Unfassbare fassbar machen.....	20
Eritrea: „Entsetzliche Menschenrechtslage“.....	22
Ägypten: Erfolg für koptische Christinnen.....	24
Pakistan: „Die Fanatiker sind von ihrer Belohnung im Paradies überzeugt“.....	25
Volksrepublik China: Willkürliche Verhaftungen von Taiwanesen in China.....	28
Georgien: Protokoll der IGFM-Wahlbeobachter.....	29
Armenien: Flüchtlinge zwischen den Mühlen des Machtkampfs.....	31

HUMANITÄRE HILFE / SOLIDARITÄT / PROJEKTARBEIT

Litauen: Solidarität mit dem Baltikum!.....	34
Ukraine: „Wir helfen, wo wir können“.....	35
Armenien: Projekt Medienpädagogik – Aufbau einer internationalen Informationsplattform.....	38
Irak: Unser Auftrag 2024 und die Zukunft unseres Irak-Einsatzes.....	39
Rumänien: Schulbesuch als Chance fürs Leben.....	41

GEBURTSTAG

Iwan Agrusow – Ein Leben für die Menschenrechte.....	43
---	----

Impressum

Herausgeber
Internationale Gesellschaft
für Menschenrechte –
Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Edisonstraße 5, D-60388 Frankfurt
Tel.: (+49 (0) 69-42 01 08-0
E-Mail: info@igfm.de;
Internet: menschenrechte.de; igfm.de
USt ID Nr. DE 1142 35 684

Spendenkonto:
IGFM – Deutsche Sektion e.V.,
IBAN DE93 3702 0500 0001 4036 00,
BIC BFSWDE33XXX; SozialBank

Redaktion: Michaela Koller (Leitung),
Karl Hafen

Satz und Layout: Gestaltungsfrage UG,
Manuel Kimmerle, Kißlegg

Coverfoto: IGFM

Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues

Diese Zeitschrift wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein.

Wenn Sie keine Informationen mehr von uns erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten für weitere Zusendungen jederzeit widersprechen. Weitere Informationen zum Datenschutz finden sie unter www.igfm.de/datenschutz

Hoffnung auf Freilassung durch politische Patenschaften



Die Freude war groß: Kostyantyn Litvinov durfte endlich nach Hause zurückkehren. Im Rahmen eines Gefangenen austauschs wurde der junge ukrainische Ingenieur am 3. Januar 2024 gemeinsam mit 229 weiteren Ukrainern freigelassen. Anfang März 2022 wurde der Zivilist aus seinem Haus in der Nähe der Stadt Sjewjerodonezk von russischen Soldaten verschleppt. Wer alles auf welche Weise an diesem Gefangenen austausch mitgewirkt hat, ist weiterhin nicht bekannt. Kostyantyns Familie hatte sich mit der Bitte an die IGFM gewandt, sich für seine Freilassung einzusetzen. Im Austausch mit dieser Familie konnten wir weitere Informationen über ihn einholen und erstellten ein Gefangenenporträt auf der IGFM-Webseite, so wie wir es über politische Häftlinge aus aller Welt seit jeher tun.

Bald nach Veröffentlichung erklärte sich die hessische Landtagsabgeordnete Martina Feldmayer (Grüne) bereit, sich mittels einer politischen Patenschaft für Kostyantyns Freilassung einzusetzen. Sie appellierte wiederholt in Briefen an das russische Verteidigungsministerium. Mit dem unerwarteten Erfolg ihres Einsatzes hat sie vielen Angehörigen Mut gemacht. Und so bitten wir seit Anfang 2024 weitere Politiker, sich mit einer Patenschaft für verschleppte ukrainische Zivilisten zu engagieren. Mit Erfolg. Viele Abgeordnete aus Bund, Ländern und dem EU-Parlament setzen sich für entführte Ukrainer ein. Moritz Körner (FDP), Max Lucks (Grüne), Vanessa Gronemann (SPD),

Beate Müller-Gemmeke (Grüne) und Sara Nanni (Grüne) setzen sich mindestens für einen oder auch für zwei Inhaftierte ein, wofür wir ihnen im Namen der Familien verbindlichen Dank aussprechen.

Der russische Angriffskrieg und die Gräueltaten an der Zivilbevölkerung in der Ukraine sind schrecklich, aber das osteuropäische Land ist nicht der einzige Schauplatz von Grausamkeiten: Weltweit sind Tausende Menschen in diktatorischen und autoritären Systemen aus politischen Gründen inhaftiert. Ihnen gilt unsere Unterstützung. Im letzten Jahr konnten wir Abgeordnete für 13 weitere Patenschaften zur Unterstützung politischer Gefangener der Mullah-Diktatur im Iran gewinnen. Wir danken an dieser Stelle Jonas Geissler (MdB, CSU), Fadime Tuncer (MdB, Grüne), Martin Häusling (MdB, Grüne), Tanja Meyer (MdB, Grüne), Björn Fecker (BM Bremen, Grüne), Boris Weirauch (MdB, SPD), Kaya Kinkel (MdB, Grüne) sowie dem katholischen Bischof Peter Kohlgraf von Mainz, der sich als kirchlicher Würdenträger für einen politischen Gefangenen einsetzt. Auch möchten wir Natalie Pfau-Weller (MdB, CDU) danken, die im Live-Online-Gespräch mit uns über ihren Einsatz für Shahriyar Bayat berichtete.

Vier Jahre nach der Erhebung der Demokratiebewegung in Belarus sind weiterhin mehr als 1.300 Personen aus politischen Gründen inhaftiert. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum etwa 65.000 Menschen festgenommen. Die andauernde Massen-

unterdrückung im Land bedrückt uns sehr. Wir danken Simon Rock (MdB, Grüne), dass er die Patenschaft für Uladzimir Hundar übernommen hat und sich für seine Freilassung einsetzt.

Wenn wir an Kuba denken, verbinden wir damit kein karibisches Paradies, sondern Willkürherrschaft, sozialistische Diktatur, Mangelwirtschaft und politische Gefangene. Dort ist der Dresdner Luis Frómata Compte inhaftiert: Er hatte bei den landesweiten Protesten gefilmt und dabei sogar die Steine werfenden Polizisten um Einhalt gebeten. Dafür wurde er verhaftet und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Gemeinsam mit der spanischen Organisation „Prisoners Defenders“ zeigten wir im Juli ein bis dato unveröffentlichtes, von Luis Frómata Compte aufgenommenes Video, welches seine Unschuld beweist und die Bemühungen der UN um seine Freilassung unterstützt. Wir danken dem Dresdner Bundestagsabgeordneten Lars Rohwer (CDU), der sich vielfältig als politischer Pate für seine Freilassung engagiert. Doch die Dresdner Solidarität ist parteiübergreifend. Wir danken auch Rohwers Bundestagskollegen Kassem Taher Saleh (Grüne), der sich als politischer Pate für die Freilassung von Aldo Delgado Romero einsetzt. Romero setzte sich mutig für seinen Schwager Luis Frómata Compte ein – nun ist er selbst politischer Gefangener und verbüßt seit dem 4. Januar 2024 eine fünfjährige Haftstrafe im Gefängnis „La Lima“ in Havanna.

Mehr als 1.300 Protestler seit über vier Jahren in Haft

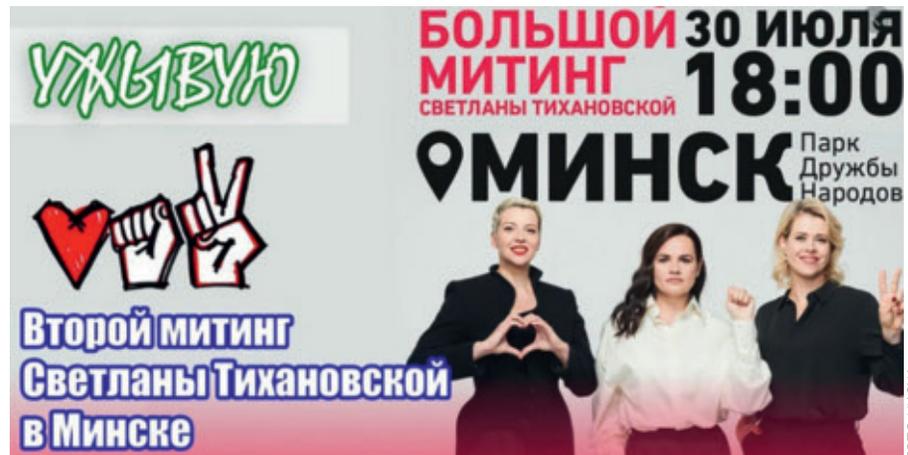
Zunächst die erste gute Nachricht: Zwei Mitglieder der IGFM-Sektion Belarus sind nach vollständiger Abbüßung aus der Haft entlassen worden. Sie waren wegen ihrer fortgesetzten Kritik an der Wahlfälschung des belarusischen Präsidenten Alexander Lukaschenko wegen Verleumdung sowie wegen Unterstützung inhaftierter Gegner des Diktators und ihrer mittellosen Familien zu Haftstrafen verurteilt worden. Weil derjenige, der von ihnen zuerst freigelassen wurde, über die Haftbedingungen des noch in Haft sitzenden IGFM-Freundes berichtet hat, wurde er erneut angezeigt, da er „nicht den Weg der Korrektur eingeschlagen hat“. Wenn er weitere Berichte veröffentlicht, droht ihm eine weitere Haftstrafe. Er steht also unter Beobachtung, so wie alle ehemaligen politischen Gefangenen in Belarus. Die zweite gute Nachricht: Die Mitglieder der IGFM-Sektion lassen sich trotz drohender Haft nicht einschüchtern. Die Sektion Belarus setzt sich weiterhin für die Achtung der Menschenrechte in ihrem Land ein.

Poststalinistischer Terror in Belarus

Schauen wir zurück: Der Videoblogger Serghej Tichanowskij, der Bankmanager Viktor Babarika und der Diplomat Valerij Zepkala hatten sich für die Wahl im August 2020 in die Liste der Präsidentschaftskandidaten eintragen lassen. Tichanowskij wurde im Mai 2020 verhaftet, daraufhin im Juni Babarika mit seinem Sohn, Zepkalo gelang im Juli die Flucht außer Landes.

Ehefrau als Präsidentschaftskandidatin von Lukaschenko nicht ernst genommen

In letzter Minute gelang es der Ehefrau von Tichanowskij, sich an seiner Stelle auf die offizielle Liste der Präsidentschaftskandidaten setzen zu lassen. Der einzige Grund, warum man sie nicht auch gleich inhaftierte, war der, dass in den Kreisen um den Diktator Lukaschenko tatsächlich niemand auf die



Von links: Maryja Kalesnikawa mit Herz, Swetlana Tichanowskaja mit Faust und Veronika Zepkalo mit dem Victory-Zeichen, Werbung für Großveranstaltung in der Hauptstadt Minsk am 30.7.20.

Mindestens 1.385 politische Gefangene sind derzeit inhaftiert.	1385
In vier Jahren wurden im Rahmen politischer Verfolgung etwa 65.000 Menschen festgenommen.	65000
Mindestens eine halbe Millionen Belarusen aus Belarus geflüchtet	500 000
In vier Jahren wurden mehr als 74.000 Repressionsfälle registriert: Durchsuchungen, kurz- und langfristige Festnahme, Verhöre usw.	74000
In nur vier Jahren ist die Zahl der politischen Gefangenen um das 55,5-fache gestiegen. Am 9. August 2020 gab es 25 solcher Häftlinge, und heute sind es 1.385. Über 2.000 Menschen sind ehemalige politische Gefangene.	55,5
Es gibt mindestens 6.971 Personen, von denen bekannt ist, dass sie strafrechtlich verfolgt werden.	6971
1.140 politische Gefangene haben ihre Haftstrafen bereits abgeschlossen.	1140
Mindestens 2.671 Personen wurden wegen Teilnahme an Protesten verurteilt (Teil 2 Artikel 293 und Artikel 342 des Strafgesetzbuches)	2671
Sechs politische Gefangene starben hinter Gittern. Es sind Aliaksandr Kulinich, Ihar Lednik, Vadzim Khrasko, Ales Puschkin, Mikalai Klimovich, Vitold Ashurak.	6
Fünf Menschen wurden bei Protesten und infolge von Festnahmen getötet. Es sind Aliaksandr Vikhor, Aliaksandr Taraikouski, Henadz Shutau, Raman Bandarenka und Andrei Zeltser.	5
Sechs Menschenrechtsverteidiger sind derzeit inhaftiert. Sie sind der Präsident von Viasna Ales Bialiatiski, sein Stellvertreter Valiantsin Stefanovic, der Anwalt Uladzimir Labkovich, die Koordinatorin des Viasna-Freiwilligen-Dienstes Marfa Rabkova, der ehrenamtliche Mitarbeiter Andrei Chapiuk. Auch die Menschenrechtsaktivistin Nasta Loika sitzt hinter Gittern.	6
114 Strafverfahren wurden gegen Exilrussen in Abwesenheit erhoben	114
Mindestens 268 politische Gefangene hinter Gittern sind stark gefährdet. Die Gruppe umfasst 19 Personen mit Behinderungen, 103 Personen mit schweren gesundheitlichen Problemen, 63 Personen über 60 (von denen viele auch erhebliche Gesundheitsprobleme haben) und 10 Personen mit psychischen Störungen. Darüber hinaus wurden 23 Jugendliche als Minderjährige inhaftiert, und 39 politische Gefangene sind Eltern in großen Familien. Es ist bekannt, dass von mindestens fünf Familien beide Elternteile im Gefängnis einsitzen.	268
Mindestens 1.325 Frauen wurden in Strafsachen verurteilt. 179 von ihnen sind derzeit inhaftiert. 435 Frauen haben den Status ehemaliger politischer Gefangener, nachdem sie aus Untersuchungszentren und Strafvollzugsanstalten entlassen wurden.	1325

Infografik „4 Jahre Massenunterdrückung“ der belarusischen Exilorganisation „Viasna“.

Idee kam, dass eine Hausfrau und Mutter eine ernsthafte Bedrohung darstellen könnte. Zugleich bot es ihnen die Möglichkeit, zu zeigen, dass jeder Bürger sich als Präsidentschaftskandidat bewerben kann.

Wahlkampf des Frauen-Dreiergespanns reißt das Volk in seinen Bann

Doch Swetlana Tichanowskaja übernahm die große Verantwortung der ihr plötzlich zugekommenen Rolle als Präsidentschaftskandidatin. Unterstützt wurde sie von der Ehefrau des geflohenen Präsidentschaftskandidaten Veronika Zepkalo und der aus Deutschland angereisten belarusischen Musikerin Maria Kolesnikowa, die das Wahlkampfteam Babarikas unterstützt hatte.

Durch das engagierte, authentische und mutige Auftreten wuchs der Zuspruch und ihre Anhängerschaft mit jeder Wahlkampfveranstaltung; sie verkörperten eine reale Hoffnung auf Veränderung. Doch am Abend des Wahltags verkündete die Wahlkommission die Wiederwahl des amtierenden Präsidenten mit 80 Prozent der abgegebenen Wählerstimmen.

Dieses Ergebnis konnte angesichts der Massen, die dieses Frauenteam bewegt hatte, nicht stimmen, so viel verstand jeder. Und so gingen die Menschen unmittelbar protestierend auf die Straße; sie demonstrierten.

Brutale Niederschlagung der Proteste

Mit einer Milliarden spritze Putins und der Drohung, dass man sie alle jagen werde, brachte Lukaschenko seinen Geheimdienst und die Polizei in Stellung: Mit Sonder-Rollkommandos wurden Protestierende aus den Demonstrationen herausgerissen, Schüsse fielen. Zehntausende unbescholtene Bürger wurden verhaftet, Zigtausende flüchteten vor dieser Gewalt ins Ausland.

Niederschmetternde Statistik nach vier Jahren

Vier Jahre nach der Niederschlagung der Demokratie- und Freiheitsbewegung gibt die bekannteste belarusische Organisation „Viasna“ aus dem litauischen Exil eine „Infographik: Vier Jahre Massenunterdrückung“ heraus, die einen erschauern lässt (Seite 5 rechts).

IGFM hautnah betroffen



FOTO: VIASNA

IGFM Jugendaustausch der Östlichen Partnerschaft, Minsk/Belarus, 2015

Aufgrund der eigenen Gründungsgeschichte sind die Bindungen zu Osteuropa die längsten. In fast allen der aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten hat die IGFM Sektionen aufgebaut und war gemeinsam mit ihnen an den Verfassungsreformen, der Entwicklung demokratischer Strukturen und der Aufarbeitung der Folgen der Sowjetdiktatur beteiligt. Bis heute fördert die IGFM den internationalen Jugendaustausch, für die belarusischen Jugendlichen fand infolge der Verfolgung der Lukaschenko-Kritiker die Jugendbegegnung im August 2020 ein jähes Ende.

Beim Einsatz der Polizeigewalt in Belarus war die IGFM hautnah dabei, und sie erhielt über viele Monate hinweg eine Flut von Informationen über Gewalt, Bespitzelung, Haft und persönliche Not. Die IGFM berichtete kontinuierlich und in vier Sprachen zum Beispiel über das Schicksal politischer Gefangener, Fälle von Folter und die schrittweise Schließung unabhängiger Medien. Sie suchte und informierte Politiker, die sich als Pa-

ten für die Gefangenen engagieren, sie warb stetig für das Briefeschreiben an politische Gefangene und kreierte dafür eine eigene Briefmarkenaktion mit von Künstlern entworfenen Porträtbildern der Häftlinge. Im Herbst 2021 veranstaltete sie eine Kundgebung auf dem Frankfurter Römer und säumte den Platz in den Farben der belarusischen Demokratiebewegung. Die Ehrenvorsitzende der IGFM Katrin Bornmüller unterstützt mit ihrer Arbeitsgruppe Wittlich bis heute die belarusischen Exilanten in Litauen mit Hilfstransporten und unterstützt die belarusische Bürgerrechtsbewegung im Exil.



Briefmarkenaktion „Very important stamps“

„Der günstige Moment ist gekommen“

Interview mit Tatsiana Khomich

Tatsiana Khomich ist die Schwester der belarusischen Bürgerrechtlerin Maria Kolesnikowa. Im Gespräch mit IGFM-Vorstandssprecher Valerio Krüger äußert sie sich sehr besorgt um die politische Gefangene, die nach nunmehr 20 Monaten in Isolationshaft (bis zum Redaktionsschluss Anfang November) gefährlich stark abgemagert ist. Khomich ist davon überzeugt, dass nun der günstige Moment gekommen sei, Belarus auf dem Weg der Diplomatie zur Freilassung politischer Häftlinge zu bewegen.

Ihre Schwester Maria befindet sich nicht nur im Gefängnis, sondern ist seit über 600 Tagen isoliert. Ihr Gesundheitszustand ist besorgniserregend, und jede Kommunikation mit ihr ist blockiert. Nun haben wir erfahren, dass ihr Gewicht auf 45 Kilo gesunken ist.

Nach meinen Informationen hungert Maria im Straflager. Ihr Gewicht liegt bei etwa 45 Kilogramm, und aufgrund einer Krankheit braucht sie eine spezielle Diät, die sie kaum mit dem Gefängnisessen einhalten kann. Alle zehn Tage darf sie etwas kaufen, aber das bedeutet nicht, dass sie es auch bekommt – das monatliche Limit für Einkäufe beträgt etwa zehn bis 20 Euro. Das reicht gerade für Tee, Haferflocken, etwas Seife und minimale Hygieneartikel. Andere Frauen in der Kolonie vergleichen Marias Situation sogar mit der von Alexej Nawalny.

Am 10. März 2023 wurde Maria in eine Isolationszelle verlegt, und bereits davor hatten wir seit einem Jahr und acht Monaten keinen Kontakt zu ihr. Sie wurde in einer Zelle unter unmenschlichen Bedingungen untergebracht: Die Zelle hat herunterklappbare Pritschen und ein Loch im Boden als Toilette. Maria atmet täglich den unerträglichen Gestank der Kanalisation ein, und jeden Morgen wird sie in einen „Hof“ gebracht, der nicht mehr als ein 1,5 mal 1,5 Meter großer, ummauerter Platz unter freiem Himmel ist.



FOTO: PASHA KRITHICKO/VIKTOR BABARYKA HQ

Ihre Schwester kann nicht aus dem Gefängnis heraus kommunizieren, wie gelangen diese Informationen an die Öffentlichkeit?

Wir haben diese Informationen von weiblichen politischen Gefangenen erhalten, die im letzten Monat freigelassen wurden. Sie berichten, dass Maria nach an sie gerichteten Briefen und Paketen gefragt habe und ihr darauf geantwortet wurde, dass „jeder dich vergessen hat“. In einigen Fällen wurden die Briefe vor ihren Augen zerrissen. Von solchen Vorfällen erfahren wir meist erst Wochen oder Monate später.

Maria hat sich geweigert, das Land zu verlassen, als belarusische Behörden sie über die Grenze bringen wollten. Doch sie entschied sich zu bleiben. Was hat sie so stark gemacht?

Maria hat sich entschieden zu bleiben, selbst als viele ihrer Freunde und Kollegen bereits inhaftiert waren. Das zeigt ihren starken Willen. Ich denke, das Jahr 2020 war dafür entscheidend. Es war eine Zeit voller Hoffnung. Während der Präsidentschaftskampagne gab es eine große Mobilisierung der Zivilgesellschaft und tausende Menschen unterstützten alternative Kandidaten wie

Swetlana Tichanowskaja. Das hat uns alle beeinflusst, Maria eingeschlossen. Vor den Wahllokale am 9. August standen die Menschen in langen Schlangen – ein Novum seit der Unabhängigkeit von Belarus vor 30 Jahren.

Tausende von Menschen sind in Belarus aus politischen Gründen inhaftiert. Wie ist die Situation in dem Land? Ist es möglich, Freunde oder Familienmitglieder zu kontaktieren?

Es ist möglich, mit Freunden und Familienmitgliedern in Kontakt zu bleiben, über die Sozialen Medien und andere Kommunikationsmittel. Natürlich geht das Leben in Belarus weiter, auch wenn die täglichen Repressionen nach wie vor anhalten. Die Zahl der Verhaftungen ist sogar gestiegen, was mit den Wahlen am 26. Januar im Zusammenhang stehen könnte.

Aus welchen Gründen werden Menschen aktuell weiterhin eingesperrt?

Noch immer werden Menschen festgenommen, die 2020 an Demonstrationen teilgenommen oder Kommentare in Sozialen Medien hinterlassen haben. Selbst wenn solche Einträge entfernt wurden, können sie den-

noch im Internet gefunden werden. Menschen werden verhaftet, weil sie ihre Unterstützung für die Ukraine zeigen oder weil sie belarusische Menschenrechtsorganisationen unterstützen.

Viele Personen werden wegen angeblich extremistischer Taten festgenommen und inhaftiert, aber was bedeutet eine solche Anschuldigung überhaupt?

Das Problem ist, dass viele der Hilfsorganisationen in Belarus als „extremistisch“ eingestuft werden. Wer also spendet, unterstützt aus Sicht der belarusischen Behörden den Extremismus. Auch wenn man unabhängige belarusische Medien liest oder ihnen folgt, bedeutet dies (aus staatlicher Sicht; Anm. d. Red.) dass man Extremismus fördert. Selbst das Teilen eines Links in den Social Media oder in einer privaten Nachricht wird als „Propaganda von Extremismus“ angesehen.

Auch werden Aktivisten verfolgt, weil sie dabei helfen, Geld an Familienmitglieder zu überweisen, um Lebensmittelpakete für die Gefangenen zu kaufen. Dafür können sie verhaftet werden; erst im Januar 2024 gab es eine große Welle von Razzien. Auch Spenden zur Unterstützung der ukrainischen Armee, die 2022 aktiv getätigt wurden, führten zu Verfolgung. Die belarusischen Behörden haben bereits Zugang zu allen Bankkonten und überwachen diese, was zu weiteren Strafverfolgungen führt.

Wie schützen sich Menschen vor diesem repressiven Überwachungsregime, wo bereits ein verdächtiger Klick als Grund für Extremismusunterstützung herangezogen werden kann?

Es gibt zahlreiche weitere Fälle, bei denen Kommentare in den Social Media zu Anklagen führen können, etwa wegen „Beleidigung des Präsidenten“ oder Kritik an Richtern, Staatsanwälten und Polizisten. Die Behörden nutzen eine Vielzahl an Mitteln, um gegen die Bevölkerung vorzugehen. Um sich zu schützen, müssen die Menschen sich konsequent um eine „digitale Hygiene“ bemühen, dies minimiert das Risiko von Verhaftungen.

Aktuell ist die Freiheit weltweit massiv bedroht, was bedeutet das für das Leben von Maria Kolesnikowa?

Als Angehörige eines politischen Gefangenen bitte ich die deutsche Regierung dringend darum, sich für Maria und andere politische Häftlinge einzusetzen. Nach vier Jahren in Haft verschlechtert sich Marias Situation stetig. Die bisherige Politik gegenüber dem belarusischen Regime hat leider nicht zu einer Veränderung geführt.

Angesichts der regionalen Lage, insbesondere des Krieges in der Ukraine und der engen Bindungen zu Russland, erscheint ein



Tatsiana Khomich mit ihrer Schwester

Regimewechsel in Belarus in naher Zukunft kaum möglich. Westliche Staaten sollten deshalb vermehrt auf diplomatische Mittel setzen, um politische Gefangene freizubekommen. Ein kürzlich erfolgter Gefangenaustausch zwischen dem Westen und Russland zeigt, dass Verhandlungen möglich sind.

Wie kann Druck auf das Lukaschenko-Regime ausgeübt werden?

Es gibt Möglichkeiten, wie westliche Länder Druck auf Belarus ausüben können, etwa durch kleine diplomatische Schritte, die Lukaschenko als Anerkennung betrachten könnte. Dieser Fokus auf die Freilassung und die Verbesserung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen sollte klar kommuniziert werden. Es könnte beispielsweise erwirkt werden, dass die Isolationshaft von Maria und anderen, wie Viktor Barabiko oder Nikolai Statkewitsch, beendet wird. Ebenso besteht ein dringender Bedarf an bislang verwehrteter medizinischer Versorgung.

Letztlich sollte sich die Diplomatie darauf konzentrieren, Leben zu retten. Die Freilas-

sung politischer Gefangener ist eine absolute Notwendigkeit, um ihnen das Überleben zu sichern. In den letzten Monaten hat das Regime in Belarus, vor allem durch persönliche Entscheidungen Lukaschenkos, mindestens 115 politische Gefangene begnadigt. Dies könnte als Zeichen gesehen werden, dass er daran interessiert ist, die Beziehungen zum Westen zu verbessern, insbesondere im Vorfeld der kommenden Wahlen. Dies ist eine wichtige Gelegenheit, um die Freilassung von politischen Gefangenen zu fordern.

Auch eine synchronisierte Herangehensweise Europas und der USA wäre hilfreich, um gezielt Druck auszuüben und Belarus nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Durch Unterstützung und Förderung belarusischer Menschenrechtsorganisationen und der Zivilgesellschaft kann langfristig ein Wandel ermöglicht werden.

Was erhoffen Sie oder die Familien der politischen Gefangenen sich von der deutschen Regierung? Wie kann sich die deutsche Zivilgesellschaft hier einbringen?

Ich möchte die deutsche Zivilgesellschaft bitten, mir zu helfen, an die deutsche Regierung zu appellieren. Im Fall von Maria und anderen politischen Gefangenen muss gehandelt werden! Sie und viele andere Gefangene befinden sich in einem kritischen Gesundheitszustand. Ich bin überzeugt, dass Deutschland die nötigen Mittel und den Einfluss hat, um Maria zu unterstützen.

Es ist jetzt entscheidend, der deutschen Regierung ein klares Signal zu senden, dass jetzt dieser günstige Moment gekommen ist, um aktiv zu werden und dass konkrete Schritte erfolgen müssen. Diese Schritte könnten diplomatische Verhandlungen oder gezielte Sanktionen umfassen, um die belarusischen Behörden zur Freilassung von Maria und anderen Gefangenen zu bewegen.

Wir hoffen auf positive Entwicklungen, doch viele Gefangene verlieren zunehmend die Hoffnung. Während sie 2020 und 2021 noch stark waren, weil die Hoffnung auf einen Regimewechsel bestand, ist diese Zuversicht nach Jahren der Unterdrückung und Gefangenschaft deutlich geschwunden.

Vielen Dank für das Gespräch!

Hilfe für gefangene ukrainische Zivilisten gefordert

„Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat auf das Leid Tausender gefangener ukrainischer Zivilisten hingewiesen und die Politik zum Handeln aufgefordert. Bei einer Pressekonferenz in Frankfurt berichteten mehrere ukrainische Angehörige in bewegenden Statements von der Situation ihrer gefangenen Familienmitglieder. Die Rede war von Verschleppungen mitten auf der Straße, von Foltermethoden und dem ungewissen Schicksal der Gefangenen.“ So hieß es in einer dpa-Meldung, veröffentlicht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 30. September 2024. Ähnlich berichteten die Frankfurter Rundschau, Die Zeit und viele weitere Zeitungen.

Mehrfach, wenn auch viel zu selten, haben deutschsprachige Medien über die nach Russland verschleppten ukrainischen Kinder berichtet. Doch dass auch erwachsene Ukrainer, unschuldige Zivilisten zudem, Opfer von Verschleppungen wurden, war bisher kein Thema in den Medien, obwohl

die IGFM seit Beginn des Überfalls Russlands auf die Ukraine nicht nur Zeugenberichte gesammelt, auf ihrer Webseite unter dem Titel „Verschleppte Zivilisten“ und in ihren Publikationen vorgestellt und sich öffentlich für sie eingesetzt hat. Die Landtagsabgeordnete Martina Feldmayer, die eine politische Patenschaft für Verschleppte übernommen hat, berichtete, dass sie Briefe – z.B. an den russischen Botschafter – schreibe und über Social Media auf die Schicksale aufmerksam mache. Laut Auskunft des ukrainischen Menschenrechtsbeauftragten werden mehr als 14.000 Zivilisten in den besetzten Gebieten der Ukraine und in Russland illegal in Gefängnissen festgehalten.

Nachfolgend stellen wir Ihnen stellvertretend für alle Zeugen Oleksandr Tarasow vor, der bei der IGFM-Pressekonferenz über seine Verschleppung und die grausamen Umstände seiner illegalen Inhaftierung berichtet hat.

Oleksandr Tarasov

Mein Name ist Oleksandr Tarasov. Ich bin Journalist, Anwalt und Menschenrechtsaktivist und habe ein Jahr in russischer Gefangenschaft verbracht... Ich hatte Glück und kam aus der Haft zurück, aber viele meiner Freunde blieben in russischer Gefangenschaft: Der ukrainische Journalist Sergiy Tsyhipa, der Krimbewohner Mykyta Chebotar, der ehemalige Bürgermeister von Cherson, Volodymyr Mykolayenko, der Bürgermeister der jetzt besetzten Stadt Hola, Prystan Oleksandr Babich, und sogar der spanische Staatsbürger Mariano Garcia Calatayud. Alle Häftlinge sind gefoltert worden. Die Zivilgefangenen werden ohne Zugang zu einem Anwalt, zum Roten Kreuz, zu Medikamenten und ohne Kommunikation mit ihren Familien und der Außenwelt festgehalten.

Am 24. Februar, als die russische Invasion begann, gab es in Cherson keinen einzi-



IGFM-Pressekonferenz mit Oleksandr Tarasow (links)

gen Polizisten mehr... Plünderungen begannen, die Stadt war von russischen Truppen umzingelt, humanitäre Hilfe wurde nicht zugelassen... Zusammen mit anderen Geschäftsleuten verteilten wir humanitäre Hilfe an die Bevölkerung... Mit dieser Situation konnten wir uns natürlich nicht abfinden. Am zweiten Tag der Besatzung protestierte eine Gruppe von Patrioten – nicht mehr als zehn Personen – in der Nähe der regionalen staatlichen Verwaltung von Cherson. Sofort rief ich in den Social Media dazu auf, zum Protest zu kommen. Und ich wurde erhört. Am nächsten Tag kamen Zehntausende ins Stadtzentrum auf den Platz der Freiheit. Das war natürlich ein Schock für die Russen. Es zerstörte ihr Bild von den „Befreier“, das Bild vom „russischen Süden“, dessen Bewohner die russischen Soldaten mit Brot und Salz begrüßen... Am 6. März fanden überall in den besetzten Gebieten Demonstrationen statt: Melitopol, Berdjansk, Cherson... Wir koordinierten Demonstrationen in fast allen Bezirken: Nowa Kachowka, Henitschesk, Tschaplynka...

Und am nächsten Tag, am 7. März, wurde ich vom FSB (vom russischen Geheimdienst; Anm. d. Red.) entführt... Mitten am Tag, auf der Hauptstraße, als ich gerade das Haus meiner Mutter verlassen hatte. Ein Kleinbus hielt an, Leute mit Sturmhauben sprangen heraus und stießen mich in den Wagen. Sie stülpten mir einen Sack über den Kopf, legten mir Handschellen an und brachten mich in die regionale Staatsver-

waltung von Cherson. Dort begann schon das Hauptverhör... Ich wurde geschlagen, meine Arme wurden verdreht, mein Körper und meine Ohren wurden unter Strom gesetzt... Sie ahmten auch die Hinrichtung am Galgen nach: Die Hände werden mit Handschellen auf den Rücken gebunden. Man wird an den Armen aufgehängt... Und so blieb ich die ganze Nacht dort.

Dann „bot“ mir der FSB-Offizier an, mit mir ein Propagandavideo zu drehen. Wenn ich ablehne, drohte er, mit meiner Familie das Gleiche zu tun wie mit mir... In dem Video wurde ich gezwungen, zu sagen, dass ich ein SBU-Agent (ein Agent des ukrainischen Geheimdienstes; Anm. d. Red.) sei und dass alle Proteste von den ukrainischen Spezialdiensten organisiert würden. Dann, nachdem das Video aufgenommen worden war, wurde ich mit einem Sack über dem Kopf in eines der Verwaltungsbüros gebracht, und ohne den Sack abzunehmen, wurde ich auf einen Stuhl gesetzt und an Händen und Füßen an eine Heizungsbatte gefesselt. So verbrachte ich mehrere Tage. Abgesehen von den Momenten, in denen sie mich zum Verhör brachten, mir eine Pistole an den Kopf hielten und abdrückten...

Am 16. März wurde ich zusammen mit dem ukrainischen Journalisten Sergiy Tsyhipa auf die Krim gebracht. Zuerst wurden wir in eine so genannte „Glazelle“ gesteckt – eine 1,5 mal zwei Meter große Spezialzelle ohne Fenster und ohne Bett. Wir konnten

dort nur sitzen. Mehr als einen Tag saßen wir dort, die Hände auf dem Rücken gefesselt...

Später wurden Sergiy und ich in das Untersuchungsgefängnis in Simferopol verlegt. Die Haftbedingungen dort waren darauf ausgerichtet, aus einem Menschen ein gebrochenes, gejagtes Tier zu machen. Ich, Sergiy und drei weitere Gefangene waren in einer Dreierzelle und schliefen abwechselnd in der Kälte auf dem Boden... Dort war es sehr kalt, weil die Wachen die Zellenfenster absichtlich drei bis vier Tage lang offen ließen, um zu „lüften“... In regelmäßigen Abständen wurden wir zum Verhör in den FSB gebracht. Wir wurden in der „Schwalben“- oder „Delphin“-Position durch das Gefängnis oder die Gänge des FSB geführt: der Rücken so weit wie möglich gebeugt, die Hände mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt, ein Sack über dem Kopf...

Ende Februar 2023 wurde ich aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen, stand aber noch einen Monat auf der Krim unter Beobachtung. Ende März 2023 durfte ich die Krim verlassen und kam zu meiner Familie nach Deutschland. Fast ein Jahr lang wusste meine Familie nicht, ob ich noch lebe...

Hier in Deutschland habe ich mit Abgeordneten des Bundestages und des Europäischen Parlaments über die Freilassung von Zivilgefangenen gesprochen (denn im Gegensatz zu Kriegsgefangenen werden sie fast nie ausgetauscht). Und überall höre ich die gleiche Antwort: „Was können wir tun?“



Teilnehmer der Pressekonferenz zeigen Porträts der Zivilgefangenen.

Russland kontaktiert uns nicht. Sie bestätigen die Anwesenheit ihrer Leute nicht...“

Was können wir tun? Im Falle der Zivilgefangenen ist es notwendig, von der bloßen Registrierung der Verbrechen zu konkreten Sanktionen gegen bestimmte Personen überzugehen, die an ihrer Inhaftierung beteiligt waren (russische Richter, Staatsan-

wälte, Ermittler, Leiter von Gefängnissen und Strafkolonien, FSB-Offiziere). In den USA gibt es das Magnitsky Act, das es dem US-Präsidenten erlaubt, Sanktionen gegen Personen zu verhängen, die in Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind. Es ist an der Zeit, dieses Gesetz auch auf die Entführung ukrainischer Zivilisten durch Russland

anzuwenden. Ein ähnlicher Rechtsmechanismus sollte auch auf EU-Ebene geschaffen werden. Die EU und Deutschland sollten jeweils ein eigenes Magnitsky Act haben, und sowohl auf EU- als auch auf deutscher Ebene sollten Sanktionen gegen diejenigen verhängt werden, die an der Inhaftierung von Zivilisten beteiligt waren.

RUSSLAND

Anwälte von Alexej Nawalny in Haft

Alexej Evgenievich Lipzer, geb. 1986
Wadim Dmitriewich Kobzjow, geb. 1983
Igor Sergejewitsch Sergunin, geb. 1978

Verhaftet: 13. Oktober 2023

Anklage: Teilnahme an einer „extremistischen Gemeinschaft“, Vergehen nach Art. 2, Abs. 282.1 des StGB der Russischen Föderation

Haftort: 600021, Wladimir, st.9. Januar 5a, FKU SIZO-1; Förderaler Strafvollzugsdienst für die Region Wladimir

Die Rechtsanwälte Alexej Lipzer, Wadim Kobzjow, Igor Sergunin sind im Gefängnis; Olga Michailowa, derzeit im Ausland, kann nicht nach Russland zurückkehren, weil dort ein Haftbefehl gegen sie wartet. Alle vier haben als Rechtsanwälte bzw. Rechtsanwältin in Prozessen gegen den verstorbenen Oppositionellen Alexej Nawalny an seiner Seite gestanden. Alle vier hatten gutgehende Anwaltskanzleien. Jetzt dürfen sie nicht mehr praktizieren, ihre Konten nicht nutzen. Ihnen wurde jegliche Möglichkeit zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts für sich und ihre Familien genommen.

Am 13. Oktober 2023 ordnete ein Bezirksgericht in Moskau Untersuchungshaft für Alexej Lipzer, Wadim Kobzjow und Igor Sergunin an. Der Anordnung gingen Durchsuchungen ihrer Privat- und Büroräume voraus. Technische Geräte, Klienten-Akten, Dokumente und Geld wurden beschlagnahmt. Alle drei wurden einer Straftat nach Artikel 2 Absatz 282.1 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation beschuldigt, wonach sie an Aktivitäten einer von Nawalny gegründeten „extremistischen Gemeinschaft“ teilgenommen haben. Sie hät-

ten „unter Ausnutzung ihres Status Briefe des Politikers (Nawalny) aus der Kolonie an seine Mitarbeiter“ weitergegeben. Auf diese Weise hätten sie laut Staatsanwaltschaft zwischen dem 11. März 2021 bis zum 13. Oktober 2023 „den regelmäßigen Informationsaustausch zwischen den Anführern und Mitgliedern der extremistischen Gemeinschaft sichergestellt“.

Im Juni 2021 hatten russische Behörden das Netzwerk von Alexej Nawalny zu einer solchen extremistischen Gemeinschaft erklärt. Während die Anwälte Lipzer und Kobzjow die Beschuldigungen der Anklage zurückweisen, bekannte sich Igor Sergunin schuldig. Er bereue seine Tat und sagte während der Ermittlungen, dass er den regelmäßigen Informationsaustausch zwischen Nawalny und anderen Mitgliedern der „extremistischen Gemeinschaft“ sichergestellt habe.

Am 28. Mai 2024 wurde für alle drei Beschuldigten die Verlängerung der Untersuchungshaft angeordnet. Im Juni wurden alle drei Angeklagten aus der Moskauer Haftanstalt in die Untersuchungshaftanstalt 1 in Wladimir verlegt und die Verfahrensunterlagen an das Bezirksgericht Petuschinski in der Kleinstadt Petuschki (Region Wladimir) überstellt.

Gegen den Standort der Gerichtsverfahren hatten die fünf Verteidiger der inhaftierten Anwälte Beschwerde beim Obersten Gerichtshof wegen Befangenheit der Richter eingelegt, denn die dortigen Richter hatten zugestimmt, dass die vertraulichen Gespräche zwischen den Beschuldigten und ihren Verteidigern abgehört werden durften. Die Strafverfolgungsbehörden sind somit möglicherweise in den Besitz geschützter Infor-

mationen gelangt, die sie als Beweismittel gegen die Beschuldigten einsetzen könnten. Die Anwälte (Verteidiger) hatten beantragt, dass Richter in Moskau die Gerichtsverfahren durchführen und dort die Urteile gesprochen werden sollten. Außerdem hätten alle Verteidiger ihren Wohnsitz in Moskau. Die drei Richter des Obersten Gerichts der Russischen Föderation verweigerten es, die Zuständigkeit zu ändern.

Am 12. September 2024 begann vor dem Bezirksgericht Petuschinski der Prozess, und zum allerersten Mal wurden in Russland Anwälte wegen „Extremismus“ vor Gericht gestellt. Entsprechend hoch waren die Sicherheitsvorkehrungen innerhalb und außerhalb des Gerichtsgebäudes. Man hatte sehr viele Anhänger Nawalyns und vor allem Journalisten erwartet, aber aufgrund vorheriger Selektion bei der Zulassung zum Prozess war die Teilnehmer-schar überschaubar. Die Ehefrau von Alexej Lipzer wurde gleich zu Beginn des Saales verwiesen, da sie Zeugin sei. Der Gerichtssaal war zudem so klein, dass nur wenige Zuhörer Platz fanden, selbst die Anwälte mussten zusammenrücken. Die Angeklagten nahmen in einem eisernen Käfig teil – Beobachter bezeichneten ihn als Relikt „des alten Regimes“, heute seien eher „Aquarien“, also Glaskäfige, die Regel. Akkreditierte Journalisten durften die Angeklagten fast eine halbe Stunde fotografieren, selbst noch, als der Staatsanwalt mit der Verlesung der Anklage begann. Doch bereits nach einer Stunde schloss die Richterin Julia Shilova auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Sitzung, da ein Brief des Zentrums für die Bekämpfung des Extremismus eingegangen sei. Darin wurde mit Bezug auf den „Mut-



Aleksej Lipzer

terfall“ – so wurde das Verfahren gegen Nawalny bezeichnet – angekündigt, dass weitere Strafverfahren eingeleitet würden.

Alle drei Gefangenen sitzen in der gleichen Haftanstalt des Gefängnis Komplexes in der Stadt Wladimir in U-Haft ein. In welchen Zellenttrakten sich jeder einzelne befindet, ist nicht bekannt. Die Verfahren werden gegen jeden getrennt geführt, und sie sind nach wie vor beim Gericht von Petuschki anhängig. Für Oktober 2024 wurden dort für jede Woche zwei Gerichtstermine festgelegt, so dass erwartet wurde, dass bald nach dem 30. Oktober die Urteile gefällt würden.

Weil Igor Sergunin sich als schuldig im Sinne der Anklage erklärt hat, wird befürchtet, dass sich das strafverschärfend für die Urteile gegen Lipzer und Kobzjow auswirken könnte, die keine Erklärung abgegeben haben. Das Strafmaß nach 282.1 hat eine Spanne von zwei bis sechs Jahren. Das Gericht könnte beim Strafmaß zudem berücksichtigen, dass Lipzer ein Jahr als Anwalt für Nawalny tätig war, Kobzjow hingegen drei Jahre.

Obwohl die drei beschuldigten Anwälte nicht zusammen in einer Zelle untergebracht sind, gehen die Freunde der Gefangenen davon aus, dass die Haftbedingungen für alle drei ähnlich sind. Genaueres darüber ist von Alexej Lipzer bekannt.

Lipzer befindet sich seit einem Jahr in Einzelhaft ohne Fernseher und ohne Kühl-schrank. Die Haftbedingungen sind nicht gut, aber er beklagt sich nicht, sondern er-

trägt die Haft in Würde. Der Jurist nimmt die Gelegenheit, große Literatur zu lesen, ausgiebig wahr. Nach Auskunft seiner Frau Ludmila liest er zurzeit Lew Tolstoj's Roman „Krieg und Frieden“. Es gibt keine Leibesbeschränkung für den Bereich Literatur. Lipzer darf Sport treiben; er hat einmal am Tag für eine Stunde „Spaziergang“ auf dem Gefängnis Hof.

Er darf Essenpakete erhalten, die ihm seine Frau bringt. Sie darf Geld bis umgerechnet 140 Euro auf ein Gefangenenkonto einzahlen, von dem sich Lipzer im Gefängnisshop etwas dazukaufen kann, zum Beispiel Medikamente, zusätzliche Essensrationen oder Artikel für die Körperpflege.

Seine Frau Ludmila, eine in Russland angesehene Juristin, konnte ihn in dem gesamten Jahr Einzelhaft nur zweimal besuchen; weitere Besuchsanträge wurden mit zweifelhaften Begründungen abgelehnt. Seine Tochter Sofia – dreieinhalb Jahre alt – hat er nicht sehen können. Seine behinderte Mutter kann ihren Sohn nicht besuchen.

Im Rahmen der Verfahren gegen die von Nawalny geführten „extremistischen Gemeinschaft“ wurden

- im Januar 2023 die ehemaligen Mitarbeiter des Hauptquartiers in Archangelsk Jegor Butakow und Elizaveta Bychkova zu einem Jahr Freiheitsentzug verurteilt.

- Im Juni 2023 wurde die ehemalige Regional-Koordinatorin von „Navalys Hauptquartier“ in Ufa, Liliya Chanys-

heva, zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und am 1. August 2024 als eine von insgesamt 26 Gefangenen im Rahmen des Gefangenen austauschs in Ankara freigelassen.

- Im Zusammenhang mit diesem Fall wurde Rustem Mulyukov zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und dessen Freilassung trotz schwerer Körperbehinderung verweigert.
- Im Juli 2023 wurde der ehemalige Koordinator von „Navalys Hauptquartier“ in Barnaul (Hauptstadt der Region Altai/ Westsibirien), Wadim Ostanin, zu neun Jahren Haft in einer Kolonie des Generalregimes (isolierte Kolonie mit Wohn- und Gewerbebereichen, leichter bis schwerer Vollzug) verurteilt.
- Im August 2023 wurde der ehemalige Direktor des Social-Media-Kanals „Navalny LIVE“, Daniel Khodny, zu acht Jahren Haft in der Kolonie des Generalregimes verurteilt. (kh)



Zur aktuellen Entwicklung in diesen Fällen lesen Sie bitte auf unserer Webseite weiter. Halten Sie die Kamera Ihres Mobiltelefons auf diesen QR-Code, um den Link zur entsprechenden Seite zu erhalten.

Putins jüngste Gegner – Jugend hinter Gittern

ZDF-Auslandsjournal vom 11. September 2024

Wörtliche Abschrift des Berichts der Redakteurin Manuela Konrad

Kritik an Vladimir Putin kann lebensgefährlich sein. Seine innenpolitischen Gegner verfolgt er gnadenlos. Wer gegen den Krieg gegen die Ukraine protestierte, wurde bereits zu Beginn des Einmarschs weggesperrt. Hohe Gefängnisstrafen drohen jedem, der Widerspruch wagt. Sogar gegenüber Minderjährigen kennt der Kremlherrscher keine Gnade. Mehr als 100 Kinder und Jugendliche sitzen als politische Häftlinge in Putins Gefängnissen. Über Straflager für Russlands Jugend: Manuela Konrad.

Tatjana und Daniel kämpfen um ihren Sohn. Tausend Kilometer sind die Eltern von **Egor Balasejkin** zum Gerichtsprozess nach Archangelsk gereist. Ihr Sohn sitzt wegen seiner Antikriegshaltung in diesem Erziehungslager. Seit 561 Tagen ist Egor bereits in Haft.

(Einspielung Mutter Tatjana Balasejkin)

„Seine starken Charaktereigenschaften, die er schon immer hatte, sind noch stärker geworden.“

Als 16-Jähriger wurde der Schüler im Februar 2023 verhaftet, als er nachts einen selbstgebastelten Molotow-Cocktail gegen ein leerstehendes Einberufungsgebäude warf, der nicht zündete. Noch minderjährig wurde er zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Der Vorwurf: Terroristische Aktionen. Gerade wurde Egor 18. Vor Gericht in Archangelsk soll nun entschieden werden, ob er in ein Straflager für Männer verlegt wird. Das hieße, kaum Schule, weniger Kontakte, mehr Willkür und Bestrafung.

(Einspielung Mutter Tatjana Balasejkin)

„Er hat Angst. Als wir ihn am 6. August an seinem Geburtstag besuchten und er uns sagte, dass die Verwaltung plane, ihn in ein Erwachsenenstraflager zu verlegen, da sagte er: ‚Um ehrlich zu sein, ich habe Angst.‘“

So gerne hätte seine Mutter ihren Sohn heute persönlich gesehen, aber Egor ist nur per Video zugeschaltet. Als junger Kriegsgegner erlebt er die Härte der russischen Justiz. Wer sich gegen Putins Regime auflehnt, wird zu langen Haftstrafen verurteilt, auch Minderjährige. Und obwohl Egor Balasejkin seit seiner Jugend an einer schweren Leberkrankheit lei-

det und lebenswichtige Medikamente braucht, gibt es keine Haftminderung.

Als Egor's Onkel als Freiwilliger im Krieg in der Ukraine stirbt und er die vielen Toten im Internet sieht, will er nicht mehr schweigen. Seine Tat, sagt er später vor Gericht, sollte ein symbolischer Protest gegen das Sterben in der Ukraine sein. Vor dem Gerichtssaal haben sich ein paar Unterstützerinnen eingefunden. „Kein Krieg“ steht auf dem Abzeichen. Nur wenige trauen sich noch, ihre Meinung frei zu äußern in einem Russland zwischen Apathie und Angst. Heroische Mutter, heroischer Sohn.

(Einspielung Tatjana Balasejkin)

„Ich denke, das ist ein großes psychologisches Trauma, nicht nur für Egor. Es gibt viele Kinder, die ins Gefängnis gesteckt wurden und gegen die Strafverfahren eingeleitet wurden.“

Bei der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt kämpfen sie für politische Gefangene in Russland. Geschätzt 131 Kinder und Jugendliche sitzen aktuell wegen ihrer Antikriegshaltung hinter Gittern. Die langen Haftstrafen haben vor allem einen Zweck:

(Einspielung Valerio Krüger auf der nächsten Seite)



FOTO: IGM

„Putin zeigt hier sein wahres Gesicht. Mit einer kompletten Härte sollen jugendliche Kriegsgegner und Kriegsgegner allgemein eingeschüchtert werden. Hier soll gezeigt werden: Wer sich gegen den Krieg ausspricht, wird mit der vollen Härte des Gesetzes und nicht des normalen Gesetzes, sondern der Terroristengesetze verurteilt. Er will damit Abschreckung ausüben, damit sich die Menschen nicht mehr gegen den Krieg positionieren.“

Daria Kosyrewa aus Sankt Petersburg ist eine der bekanntesten jungen politischen Gefangenen. Bereits als 17-Jährige fällt sie wegen ihrer Antikriegshaltung öffentlich auf. Am 16. Februar, am Tag von Nawalnys Tod, wurde die Medizinstudentin zum ersten Mal in Petersburg festgenommen, weil sie am Denkmal für die Opfer der Repression der Sowjetzeit Blumen niedergelegt hatte. Eine Woche später, am zweiten Jahrestag des Krieges wurde sie erneut verhaftet. Daria hatte ein Gedicht an das Denkmal eines ukrainischen Schriftstellers geheftet und auch vorher Antikriegsgedanken öffentlich geäußert.

(Einspielung Daria Kosyrewa)

„Als der Krieg begann und diese verfassungswidrigen Gesetze über die Diskreditierung der Armee und die Verbreitung von Fake News eingeführt wurden, war ich wütend und habe sofort auf Social Media gepostet, was ich über die Gesetze denke und über diesen bestialischen und verbrecherischen Krieg.“ Nun drohen auch ihr einige Jahre Haft wegen angeblicher Diskreditierung der russischen Armee. Putin wolle die Jugend, die sich gegen das System stellt, mundtot machen und brechen, erzählt ihr Verlobter Denis.

(Einspielung Denis Garadschajew)

„Ganz gleich, wie viel Druck sie ausüben: Sie können sie nicht zum Schweigen, zur Reue oder zum Schuldeingeständnis zwingen. Sie vertritt weiter ihre Meinung. Und in solchen Fällen sperren sie die Menschen im Gefängnis ein.“

Einer der jüngsten ist **Arsenij Turbin**. Er wurde mit gerade mal 15 Jahren verurteilt, weil er Flugblätter gegen Putin verteilte, zu fünf Jahren Gefängnis. In der Parteizentrale von Jabloko in Moskau, der einzig nennenswerten Oppositionspartei Russlands, schreiben sie Briefe an politische Gefangene. Die Russen, die hierher kommen, sind mutig, denn sehr schnell können auch sie in das Visier der Behörden geraten.

(Einspielung Anastasia)

„Ich bin selbst erst 18 Jahre alt und ich kann immer noch nicht begreifen, dass es politische Gefangene in diesem Alter gibt.“

Sie wollen die Menschenrechte in Russland, doch sie wissen auch, dass es die Angst in der Gesellschaft ist, die es zu besiegen gilt.

(Einspielung Andrej Morev)

„Die Leute sehen die Fernsehbilder eines weinenden, gedemütigten Kindes. Das hat eine psychische Wirkung. Alle sagen dann: ‚Bleib zuhause, halte den Kopf unten. In unserem Land darfst Du den Kopf nicht heraustrecken.‘ Und das erzeugt diesen Druck, nicht von der Strafverfolgung, sondern von der Gesellschaft.“

Zurück nach Archangelsk: Während die russische Armee weiterhin junge Soldaten für den Krieg anwirbt, haben die Eltern von Egor umsonst gehofft. Das Gericht hat diese Woche die Entscheidung getroffen. Ihr Sohn wird verlegt in ein Straflager für Erwachsene.

(Einspielung Mutter Tatjana Balasejkin)

„Natürlich werden wir kämpfen. Wir geben unseren Sohn nicht auf.“

Seine Mutter konnte immerhin vor Gericht bewirken, dass sie ihren Sohn Egor öfter besuchen darf.



Darya Kosyrewa

FOTO: PRIVAT

IGFM-Referentin Dr. Carmen Krusch hält über eine Mittelsperson den Kontakt zu den Eltern der Jugendlichen, die auch von der renommierten russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“ als politische Gefangene anerkannt sind, und berät sie, dass sie mit der Gefängnisverwaltung sachlich kommunizieren, um für ihre Kinder Haft erleichterungen zu erreichen und sie wegen unkontrollierter Emotionen der Eltern gegenüber dem Gefängnispersonal aus Sorge wegen der Haftumstände keine weiteren Nachteile erleiden müssen.

Als die IGFM erfahren hat, dass Egor Balasejkin an einer schweren Leberkrankheit leidet, hat die IGFM die Gefängnisleitung darüber informiert, dass er lebenswichtige Medikamente regelmäßig benötigt und dass die IGFM sich nach Egor's medizinischer

Versorgung erkundigen und sich im Falle der Nichtbehandlung an die Öffentlichkeit wenden werde. Wenig später berichtete Egor's Mutter, dass er am 23. September 2024 aufgrund der Intervention der IGFM für eine Woche einer intensiven ärztlichen Untersuchung unterzogen wurde. Am 14. Oktober hat die IGFM auf Bitten der Mutter an die Gefängnisleitung einen Dringlichkeitsantrag auf die Herausgabe der Ergebnisse der Untersuchung gestellt. Egor's Eltern haben der IGFM mitgeteilt, dass sie aufgrund ihrer monatlichen Lohneinkünfte in der Lage sind, die Kosten für Egor's Anwalt und für ihre Flüge zu ihrem Sohn aufbringen zu können. Die IGFM könne das gesammelte Geld für bedürftige Angehörige inhaftierter Jugendlicher einsetzen. Die IGFM möge ihren Sohn weiter-

hin auf der Ebene der Menschenrechtshilfe unterstützen. Am 19. Oktober 2024 wurde das Ergebnis der medizinischen Untersuchung bekannt: Egor's Gesundheitszustand hat sich in der Haft deutlich verschlechtert und zu seiner Leberkrankheit ist nun auch eine Schädigung der Galle hinzugekommen. Die Prognose eines Analytikers: Ohne ständige spezialisierte medizinische Behandlung kann Egor sterben!

Arsenij Turbin ist in eine Zelle mit Kriminellen verlegt worden, die ihn als „Muttersöhnchen“ hänseln und als „Denunzianten“ beleidigen, weil er sich bei der Gefängnisverwaltung über seine Haftbedingungen und die kriminellen Mitgefangenen beschwert hat. In einem Telefonat am 1. Oktober berichtete er seiner Mutter Irina: *„Die Situation ist schwierig. Heute Abend, nach 18:30 Uhr, schlug mir ein Zellengenosse mit der Faust auf den Kopf.“* Mitgefangene drohten ihm mit nächtlicher Vergewaltigung. *„Die Nacht wird sehr schwierig, aber ich werde durchhalten. Ich habe diese Erfahrung bereits gemacht – der 15. Juli war auch eine schwierige Nacht, aber ich habe überlebt und am Morgen wurden wir verlegt.“* Nach Beschwerde der Mutter wurde Arsenij in eine andere Zelle verlegt, die kriminellen Mitgefangenen kamen in Strafzellen.

Am 30. Oktober fand eine Verhandlung vor dem Berufungsgericht statt. Irina Turbina musste zum Gericht fahren, drei Tage Urlaub auf eigene Kosten nehmen, nach Moskau reisen und in einem Hotel übernachten. Für die Verteidigung vor dem Berufungsgericht wurde das Honorar für Arsenijs Anwalt vollständig von einem französischen

Politische Patenschaft
Der Bundestagsabgeordnete Michael Brand hat die Patenschaft für Arsenij Turbin übernommen.

Kurz vor Redaktionsschluss hat der Bundestagsabgeordnete Michael Brand (CDU) gegenüber der IGFM seine Bereitschaft erklärt, die politische Patenschaft für Arsenij Turbin zu übernehmen. Während der Fertigstellung dieser Zeitschrift hat sich die Lage für den 16-jährigen Inhaftierten weiter zugespitzt: So musste das für den 30. Oktober 2024 angesetzte Berufungsverfahren vertagt werden, nachdem Turbin ins Krankenhaus eingeliefert wurde. Er erlitt bereits schwere psychische Schäden und wurde auch wiederholt von Mithäftlingen misshandelt. Die IGFM hat inzwischen erreichen können, dass der Teenager psychologische Betreuung erhält und besser vor Übergriffen geschützt wird.

Spender übernommen. Die IGFM hat die gesamten Reisekosten der Mutter bezahlt. Nach ihren Aussagen hat Arsenij Turbin aufgrund der Haftbedingungen 17 Kilo abgenommen.

Die Eltern von Daria Kosyrewa können aus den Lohneinkünften des Vaters von Daria eine Besuchsreise finanzieren, nicht aber

den Anwalt. Die IGFM wird helfen. Denis, dem Verlobten von Daria, wurde im August 2024 die Zulassung zum Studium an der Universität Sankt Petersburg verweigert, weil er an einer Friedenskundgebung teilgenommen hatte.

Informationsstand: 19. Oktober 2024



Egor Balasejkin vor und nach der Inhaftierung



FOTOS: PRIVAT

Zur aktuellen Entwicklung in diesen Fällen lesen Sie bitte auf unserer Webseite weiter. Halten Sie die Kamera Ihres Mobiltelefons auf diese QR-Codes, um den Link zur entsprechenden Seite zu erhalten.



Egor Balasejkin



Darya Kosyrewa



Arsenij Turbin

IRAN: FRAUENSCHICKSALE

Fariba Kamalabadi – Langzeitgefangene

Geburtsdatum: 12. September 1962**Urteil:** zehn Jahre Haftstrafe, zwei Jahre Reiseverbot, zwei Jahre Aufenthaltsverbot in Teheran, zweijähriges Verbot der Arbeit für soziale Gruppen, Beschlagnehmung von Eigentum

Am 14. Mai 2008 wurde Fariba Kamalabadi erstmalig zusammen mit anderen Bahá'í inhaftiert und verbrachte mehrere Monate in Einzelhaft sowie ein Jahr im Gefängnis ohne Rechtsbeistand. Im Jahr 2010 wurde sie aufgrund von angeblicher „Spionage“ und „Verbreitung von Propaganda gegen das Regime“ angeklagt und zu 20 Jahren Haft verurteilt. Sechs Jahre später wurde die Haftstrafe aufgrund eines neuen Ge-

setzes auf zehn Jahre reduziert, so dass sie 2017 freigelassen wurde. Am Tag ihrer ersten Inhaftierung ging Kamalabadis Tochter noch zur Schule, heute ist sie selbst Mutter.

Erneute Haftstrafe

Am 31. Juli 2022 wurde Fariba Kamalabadi erneut willkürlich inhaftiert und am 21. November 2022 nach einem einstündigen Prozess erneut zu zehn Jahren Haft verurteilt. Das Geheimdienstministerium behauptete, Kamalabadi sei angeblich Mitglied einer „Bahá'í-Spionagepartei“. Weiterhin wurde sie beschuldigt, Gruppen anzugehören, die gegen die „nationale Sicherheit“ handeln



FOTO: PRIVAT

und Kindern den Bahá'í -Glauben lehren und predigen. Somit würde sie gegen die islamische „Scharia“ agieren.

Urteil bestätigt

Am 9. August 2023 bestätigte nun das Teheraner Berufungsgericht das Urteil. Zu ihrer Haftstrafe kamen zwei Jahre Reiseverbot, zwei Jahre Aufenthaltsverbot in Teheran, ein zweijähriges Verbot, für soziale Gruppen zu arbeiten sowie die Beschlagnehmung von Eigentum – einschließlich ihres Computers und Mobiltelefons – hinzu.

Mary Mohammadi

**Konvertitin – Bürgerrechtlerin –
Politische Gefangene – IGFM-Autorin**

Die Iranerin Mary Mohammadi, ehemals Fatemeh Mohammadi, hat in ihrem Heimatland aus politischen Gründen im Gefängnis gesessen: Im Sommer 2016 wandte sie sich vom islamischen Glauben ab, mit dem sie aufgewachsen war und dem Christentum zu. Aus diesem Grund sowie wegen ihres Eintretens für Bürgerrechte, insbesondere für die Rechte der Frauen, verfolgte die Mullah-Diktatur die junge Frau. Am 12. Januar 2020 wurde sie nach der Teilnahme an einer öffentlichen Demonstration in Teheran von Sicherheitskräften zum wiederholten Mal festgenommen und ins berüchtigte Qarchak-Gefängnis gebracht. In ihrer Anhörung wurde Mohammadi zu drei Monaten plus einen Tag Haft und zehn Peitschenhieben verurteilt. Am 27. Februar 2020 kam sie gegen Kaution frei. Sie konnte später flüchten und kam im Februar 2022 in die USA.

Einen ausführlichen Bericht über den Lebensweg Mary Mohammadis und ihr Schicksal als politische Gefangene un-

ter dem Titel „Die konvertierte Bürgerrechtlerin“ können Sie von Seite 117 bis 125 nachlesen in: „Menschenrechte verteidigen – Sieben Lebensgeschichten von Menschenrechtsverteidigern und das globale System zu ihrem Schutz“, herausgegeben von Matthias Böhning im Verlag für Wissenschaft & Kultur – ISSN 2942-4941 – ISBN 978-3-86269-282-8 – Verlagsauslieferung über info@vkwonline.com.

Zudem widmet ihr die Friedensnobelpreisträgerin Narges Mohammadi in ihrem 2023 bei Rowohlt erschienen Buch ein Kapitel von Seite 245 bis 252. Der Titel lautet: „Frauen! Leben! Freiheit! Wie wir unsere Stimmen erheben. Frauen in iranischen Gefängnissen erzählen“. Mary Mohammadi ist inzwischen Autorin der IGFM. Sie finden von ihr folgende Beiträge auf unserer Webseite:



Nicht nur Zwangshidschab, sondern auch eine Zwangsreligion



Iran: Wahlen oder Ernennungen?



Iranbericht 6. September 2024 Aus Anlass des „Ehrenmordes“ an einer 17-Jährigen im Iran, den der Mullah-Staat unterstützt

Yaran

Fariba Kamalabadi war Teil des informellen Bahá'í-Führungsgremiums „Yaran“ im Iran. Die Mitglieder organisierten eigene Hochzeiten sowie Beerdigungen und regelten die Erziehung der Kinder. Die Anschuldigungen gegen Fariba Kamalabadi sind völlig haltlos, da sich die informelle Gruppe „Yaran“ bereits nach ihrer ersten Inhaftierung aufgelöst hatte. Nach ihrem Urteil wurde Fariba Kamalabadi in eine winzige Zelle verlegt, wo sie sich in der Nacht nicht einmal richtig ausstrecken kann.

Selbst im Gefängnis aktiv

Im April 2023 nahmen im Rahmen des virtuellen Seminars: „Dialog zur Rettung Irans“ 40 politische und soziale Aktivistinnen sowie Bürgerrechtler sowohl innerhalb als auch außerhalb Irans teil – einige sogar aus dem Gefängnis. Kamalabadi gehörte zusammen mit Mahvash Sabet zu den Gefangenen, die eine schriftliche Notiz weiterleiteten.

Die IGFM verurteilt die willkürliche Inhaftierung und die unmenschlichen Bedingungen, denen Fariba Kamalabadi ausgesetzt ist und fordert ihre sofortige Freilassung.

Jamshid (Jimmy) Sharmahd nach Schauprozess hingerichtet

Am späten Nachmittag des 28. Oktober 2024 erreichte uns die Nachricht: Jamshid Sharmahd wurde hingerichtet. Auf der staatlichen iranischen Justiz-Webseite prangte die verlogene Nachricht: „Jamshid Sharmahd wurde für seine Taten bestraft.“

Dass die islamische Regierung des Irans seit Jahrzehnten Menschen willkürlich verfolgt, verhaftet, foltert und ermordet, darüber berichtete auch die IGFM bereits in den 1980er Jahren. Dass an diesem 28. Oktober das Leben eines deutschen Staatsbürgers ausgelöscht werden sollte, das war sicher zu der damaligen Zeit noch nicht abzuschätzen. Und doch ist es das, wovor die exiliranische Community seit Jahren lautstark warnt: Der Terror der Islamischen Republik Iran macht nicht an den Staatsgrenzen des Irans halt, sondern er bedroht uns weltweit!

Diese Hinrichtung war ein Mord mit Ankündigung, denn am Ende eines Schauprozesses ohne Rechtsbeistand wurde Jamshid Sharmahd am 21. Februar 2023 wegen „Korruption auf Erden“ zum Tode verurteilt. Nichts an diesem Prozess war rechtsstaatlich. Dass dieser Fall jedoch überhaupt weltweit Aufmerksamkeit erhielt, lag einzig und allein am mutigen und entschlossenen Handeln seiner Tochter Gazelle Sharmahd. Sie sollte mit der Entschlossenheit ihres Vaters für dessen Freilassung kämpfen.

Aus dem sonnigen Kalifornien, wo die im Jahr 2020 schwangere Gazelle mit ihrem Bruder und ihrer Mutter aus der Entfernung Zeugen der Entführung wurden, sollten in den nächsten Jahren unzählige Mitteilungen, Appelle, Videobotschaften und Aufrufe an die Regierungen Deutschlands und der USA kommen.

Ihr Vater, 1955 in Teheran geboren, kam 1962 im Alter von sieben Jahren nach Deutschland. Er wuchs in Peine und Hannover auf, studierte Elektroingenieurwesen und wurde Elektroingenieur. Im Jahr 1995 schließlich bekam er die deutsche Staatsan-

gehörigkeit und zog mit seiner Familie im Jahr 2003 in die USA. Dort gründete er ein Software-Unternehmen und baute für eine exil-iranische Oppositionsgruppe einen Radiosender auf, um sich für Menschenrechte einzusetzen und über die Verbrechen des islamischen Regimes in seiner Heimat Iran zu berichten. Dies erfolgte nicht unbemerkt.

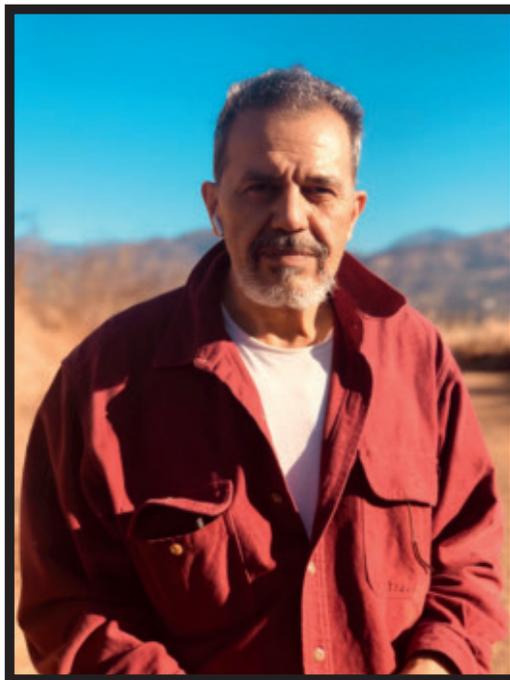


FOTO: PRIVAT

Bereits im Jahr 2007 wurde er im iranischen Staatsfernsehen als Staatsfeind dargestellt und staatliche Medien verbreiteten zahlreiche Propagandabeiträge gegen ihn und versuchten, seine Website durch Cyber-Attacken lahm zu legen. Im Jahr 2009 scheiterte ein Attentat auf Jamshid Sharmahd in Kalifornien. Was der lange Arm der Diktatur damals nicht schaffte, sollte er im Jahr 2020 durch die Verschleppung und im Jahr 2024 mit der Hinrichtung erreichen.

Im Juli 2020, während eines Zwischenstopps am Flughafen Dubai auf dem Weg zu einem Termin in Indien, wurde Jamshid Sharmahd durch einen iranischen Geheimdienst entführt und in den Iran verschleppt. Er verbrachte seine Haft in völliger Isolation. Am 6. Februar 2022 wurde er

vor dem berüchtigten Revolutionsgericht 15 in Teheran wegen „Korruption auf Erden“ angeklagt. Mohammad Hossein Aghasi, der Anwalt seines Vertrauens, erhielt keinen Zugang zu Sharmahd. Stattdessen wurde ihm vom Revolutionsgericht ein regimetreuer Pflichtverteidiger zugeteilt, der von der Familie für die Beauftragung zuerst eine hohe Summe gefordert hatte. Seine Familie erfuhr erst aus den iranischen Staatsmedien vom Beginn des Gerichtsverfahrens gegen ihn.

Für die Freilassung ihres Vaters kämpfte Gazelle Sharmahd wie eine Löwin. Hunderttausende Menschen weltweit haben sich eingesetzt, ob wie die IGFM als Teil der Kampagne #SaveSharmahd oder in anderer Form. Massiv enttäuscht ist die Familie von Jamshid Sharmahd über das unzureichende Agieren der deutschen und der US-amerikanischen Regierung. Das Herumlavieren, der Mangel an Entschlossenheit und das fehlende öffentliche Bekenntnis zu dem deutschen und US-Staatsbürger werden in negativer Erinnerung bleiben.

Und so ist die Familie noch nicht am Ende ihres Kampfes für Freiheit und Wahrheit. Den Angehörigen zufolge müssen die USA und Deutschland erklären, warum sie „Jimmy“ trotz milliardenschwerer Geisel- und Gefangenenaustausch-Abkommen in vier Jahren nicht zurückgebracht haben. Auch appellieren sie an die Regierungen der USA und Deutschland, Beweise für den Tod einzufordern, um zu zeigen, ob und warum der Journalist nicht mehr lebt. Die Familie, die zoroastriischen Glaubens ist, erhielt bis zum Redaktionsschluss noch keine Information über den Verbleib des Leichnams. Eine Bestattung gemäß ihrer Glaubenstradition war nicht möglich.

Wir werden „Jimmy“ Jamshid Sharmahd nicht vergessen und weiterhin für die Freiheit der Menschen kämpfen, die unter solchem Unrecht leiden.

Aktion „Gefangene des Monats“

Vietnam:

Angeblich „Gefährdung der nationalen Einheit“ – Gläubige unter Verdacht

Die IGFM hat im Berichtszeitraum von Dezember 2023 bis November 2024 zwei christliche Glaubensgefangene aus Vietnam der Öffentlichkeit als „Gefangene des Monats“ vorgestellt und dazu aufgerufen, in Appellbriefen ihre Freilassung zu fordern. Die gemeinsame Aktion zusammen mit der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA unterstützte im Mai 2024 den 48-jährigen evangelischen Christen Nay Y Blang, der sich zu dem Zeitpunkt bereits seit einem Jahr in Haft befand. Am 18. Mai 2023 kam der Angehörige der ethnischen Gruppe der Ede aus der Region Zentrales Hochland ins Gefängnis. Laut offizieller Meldungen verurteilte ihn der Volksgerichtshof der Provinz Phu Yen am 26. Januar 2024 wegen „Missbrauchs demokratischer Freiheiten“ zu viereinhalb Jahren Haft.

In seinem Haus hatten Gebetstreffen und Online-Zusammenkünfte stattgefunden, an denen die Behörden Anstoß nahmen. Er habe die Zusammenkünfte etwa dazu genutzt, „Kräfte zusammenzubringen, die nationale Einheit zu zerstören und einen separaten Staat für ethnische Minderheiten zu etablieren“. Außerdem wurde ihm vorge-



Nay Y Blang wird „Missbrauch demokratischer Freiheiten“ vorgeworfen.

worfen, Falschinformationen über die Religionsfreiheit zu verbreiten sowie die Religionspolitik des sozialistischen Regimes verzerrt darzustellen. Blang, der früher bereits inhaftiert war, hatte über die Unterdrückung der Religionsfreiheit unter der kommunistischen Führung berichtet. Bei der Verhandlung war kein Verteidiger zugelassen.

Im August 2022 war Blang mit einem Diplomaten des amerikanischen Generalkonsulats in Ho-Chi-Minh-Stadt zusammengetroffen. Daraufhin wurden er und seine Familie von lokalen Behörden unter Druck gesetzt, Informationen zu dem Treffen preiszugeben.

Im November 2024 rief die IGFM zusammen mit IDEA dann zum Einsatz für den 48-jährigen Y Hriam Kpa aus der Volksgruppe der Jarai auf, der Leiter einer evangelischen Hauskirche war. Trotz enormen Drucks der Behörden war er nicht bereit, seine Gemeinschaft der staatlichen Kontrolle durch die Kommunisten zu unterwerfen. Schließlich widersetzte er sich der Auflösung seiner Hauskirche. Am 30. Juli 2015 wurde er festgenommen. Wie später bekannt wurde, erfolgte eine Verurteilung wegen „Gefährdung der nationalen Einheit“ zu sieben Jahren Gefängnis und zu einer zusätzlichen Bewährungsstrafe von drei bis fünf Jahren. Beobachter erwarteten 2022 seine Freilassung aus dem Dak-Trung-Gefängnis in der Distrikthauptstadt M'Drak, Provinz Dak Lak. Sein Aufenthaltsort ist seither unbekannt. Die IGFM ruft zu Appellen an den vietnamesischen Staatspräsidenten auf, alles in seiner Macht Stehende zu veranlassen, um die Öffentlichkeit über Aufenthaltsort und Gesundheitszustand Kpas zu informieren und gegebenenfalls endlich seine bedingungslose Freilassung zu erwirken.

Mittels eines „Gesetzes über Glauben und Religion“ von 2018 und staatlich kontrollierter religiöser Organisationen versucht die kommunistische Führung in Vietnam das religiöse Leben, unter anderem der ungefähr acht Prozent Christen im Land, zu steuern. Der Staat redet nicht nur in Personal- und Finanzangelegenheiten mit,



Aufenthalt unbekannt: Y Hriam Kpa

sondern mischt sich auch in die religiöse Praxis und Lehrverkündigung ein. „Missbrauch demokratischer Freiheiten“ sowie „Gefährdung der nationalen Einheit“ sind typische Vorwürfe, die gegen staatsunabhängige Glaubensgemeinschaften unter den ethnischen Minderheiten erhoben werden. Angehörige werden am Kirchengang gehindert und sogar unter Druck gesetzt, ihrem Glauben abzuschwören. Trotz eines regen Dialogs mit dem Vatikan unterwegs zu vollen diplomatischen Beziehungen wurden auch katholische Priester in jüngster Zeit mehrfach an der Ausübung ihres Dienstes gehindert. Katholiken stellen, mit sieben Prozent Anteil an der Bevölkerung, die größte Bekenntnisgemeinschaft unter den Christen dar. Den Druck des Staates spüren aber auch die rund 15 Prozent Buddhisten Vietnams.

Nicaragua

Erst einsperren, dann verbannen – wie Diktator Ortega mit seinen Kritikern umgeht

Da sie als moralische Führungspersönlichkeiten in die Gesellschaft hineinwirken und ihre Kritik an den schweren Menschenrechtsverletzungen gefürchtet wird, stehen christliche Gemeindeleiter, Pfarrer und Bischöfe im Fadenkreuz des autoritären Regimes unter Nicaraguas Präsident Daniel Ortega und seiner Vizepräsidentin und Ehefrau Rosario Murillo. Seit Beginn der

zweiten Amtszeit des sozialistischen Autokraten im Jahr 2006 werden Andersdenkende in dem mittelamerikanischen Staat verfolgt.

Im April 2018 schlug die Diktatur friedliche Proteste brutal nieder: 355 Menschen starben, Hunderte wurden festgenommen und verschwanden für immer. Fast 4.000 Vereine, Medien und kirchliche Einrichtungen wurden geschlossen, enteignet, auf Dauer verboten und mit Strafprozessen überzogen; viele weitere Akteure kamen hinter Gittern, mussten ins Exil – einigen von ihnen wurde gar die Staatsangehörigkeit entzogen. Die Verfolgung wird häufig

mit Wirtschaftsverbrechen begründet, wobei die Vorwürfe jeglicher Grundlage entbehren.

Unter anderem im Rahmen der Aktion „Gefangener des Monats“ setzte sich die IGFM für Bischof Rolando Álvarez von Matagalpa ein. Nachdem er über 500 Tage im Gefängnis verbracht hatte, ließ das Ortega-Regime ihn und 18 weitere inhaftierte Geistliche am 14. Januar 2024 frei und verbannte sie nach Rom.

Zur „Gefangenen des Monats September 2024“ benannte die IGFM zusammen mit der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA die evangelische Christin Mari-

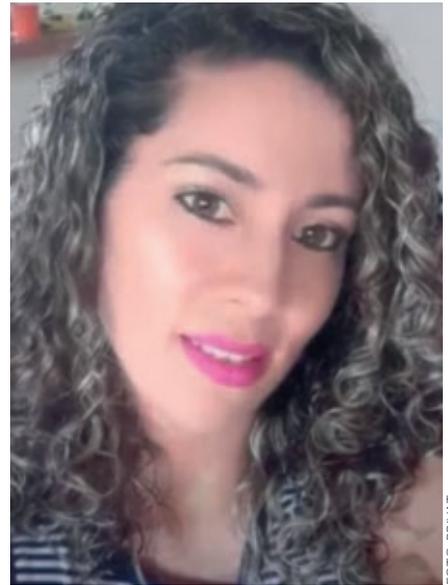


FOTO: PRIVAT

Marisela de Fátima Mejía Ruiz

sela de Fátima Mejía Ruiz. Die 40-Jährige ist Pastorin der Missionsorganisation „Puerta de la Montaña“, auf Deutsch „Berg-Portal“, ein Zweig der US-amerikanischen Gruppe „Mountain Gateway“. Bei einer Razzia nicaraguanischer Sicherheitskräfte am 17. Dezember 2023 wurde sie zusammen mit zehn weiteren Führungskräften festgenommen. Einige Tage darauf wurde die Organisation aufgelöst und verboten.

Ruiz und ihre Mitgefangenen wurden wegen Geldwäsche vor Gericht gestellt. Ihre Organisation entgegnete den Anschuldigungen mit der Feststellung, sich an alle staatlichen Vorgaben gehalten zu haben. Am 19. März 2024 wurde sie zu 15 Jahren Gefängnis sowie zur Zahlung von 80 Millionen US-Dollar verurteilt. Ruiz war kurz vor der Festnahme zum zweiten Mal Mutter geworden. Die erforderliche medizinische Nachsorge wurde ihr vorenthalten. IGFM und IDEA regten zu Appellen an, um die sofortige medizinische Versorgung der Pastorin sowie deren Freilassung zu erreichen.

Marisela de Fátima Mejía Ruiz kam am 5. September 2024 frei. Die US-Regierung gab bekannt, dass sie durch Verhandlungen mit der nicaraguanischen Führung die Freilassung von 135 politischen Gefangenen erreichte. Darunter waren auch die Missionare von „Mountain Gateway“, insbesondere Ruiz sowie ihr ebenfalls inhaftierter Ehemann Walner O. Blandón. Sie verließen daraufhin ihr Heimatland und fanden in Guatemala als Flüchtlinge Aufnahme, wo sie wieder mit ihren zwei kleinen Kindern vereint wurden.

Dezember 2023

Haile Naigzi aus Eritrea: Sehen Sie dazu den Beitrag auf Seite 22

Januar 2024

Thian Lian Sang aus Myanmar: Der Baptistenpastor aus der Volksgruppe der Chin kam am 16. September 2021 in Haft und wurde wegen angeblichem Verstoß gegen das „Anti-Terror-Gesetz“ zu 23 Jahren Gefängnis verurteilt.

Februar 2024

Ismail Narimanpour aus dem Iran – inzwischen frei: Der iranische Konvertit gehört zur Freikirche „Payram-e-Rahai“ (Botschaft der Freiheit). Er wurde an Heiligabend 2023 willkürlich inhaftiert und kam nach vier Monaten Haft auf Kautionsfrei. Bereits 2021 wurde er wegen angeblicher „Propaganda gegen das Regime“ eingesperrt und misshandelt.

März 2024

Ding Zhongfu und Zhou Songlin aus China: Der Gemeindeälteste Ding und Pastor Zhou von der Ganquan-Hauskirche wurden bei Razzien am 30. November 2023 wegen angeblichen Betrugs festgenommen. Diese Anschuldigung wird häufig gegen christliche Leiter erhoben, die sich nicht der Kontrolle der kommunistisch gelenkten Behörden unterwerfen.

April 2024

Fanson Shahid aus Pakistan: Sehen Sie dazu den Beitrag auf Seite 25

Mai 2024

Nay Y Blang aus Vietnam: Sehen Sie dazu den Beitrag auf Seite 18

Juni 2024

Fitsum Ghebrenigus aus Eritrea: Sehen Sie dazu den Beitrag auf Seite 22

Juli 2024

Simon Nadeem aus Pakistan: Sehen Sie dazu den Beitrag auf Seite 25

August 2024

Mina Khajavi Ghomi aus dem Iran: Die 60-jährige Konvertitin kam am 8. Januar 2024 in Haft, nachdem sie am 7. Juni 2022 nach der Gründung einer Hauskirche wegen angeblicher Gefährdung der nationalen Sicherheit zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Sie ist im berüchtigten Evin-Gefängnis eingesperrt und leidet aufgrund eines nicht behandelten Knöchelbruchs an chronischen Gelenkschmerzen.

September 2024

Marisela de Fátima Mejía Ruiz aus Nicaragua – inzwischen frei: Sehen Sie dazu den Beitrag auf Seite 19

Oktober 2024

Tabish und Yeshua Shahid aus Pakistan: Sehen Sie dazu den Beitrag auf Seite 25

November 2024

Y Hriam Kpa aus Vietnam: Sehen Sie dazu den Beitrag auf Seite 18

UKRAINE

„Stimmen des Krieges“ – das Unfassbare fassbar machen

VON KARL HAFEN

Die IGFM unterstützt das Projekt „Stimmen des Krieges“ der „Charkiwer Menschenrechtsgruppe“, das darauf abzielt, Material und Interviews mit Augenzeugen der russischen Besetzung und der russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine zu sammeln.

Dieses Projekt ist Teil der globalen Initiative „Tribunal für Putin“, deren Gründung im Februar 2022 von drei bekannten

ukrainischen Menschenrechtsorganisationen – der „Ukrainischen Helsinki-Union für Menschenrechte“, der „Charkiwer Menschenrechtsgruppe“ und dem „Zentrum für bürgerliche Freiheiten“ – initiiert wurde. Ziel der Initiative ist es, die Verantwortlichen für Verbrechen gegen die Menschlichkeit infolge der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine zur Rechenschaft zu ziehen.

Die ukrainische Referentin der IGFM in Frankfurt Valeriia Liamzienko arbeitet eng mit der „Charkiwer Menschenrechtsgruppe“ zusammen, sie übersetzt die Interviews mit den Kriegsoptionen ins Deutsche und Englische, damit möglichst viele Menschen außerhalb der Ukraine aus dem Munde der Betroffenen erfahren, welche Gräueltaten die russische Armee in der Ukraine begangen hat und weiterhin begeht.



Auf der IGFM-Webseite finden Sie 27 Interviews in voller Länge. Sie lesen sich phasenweise wie journalistische Esays, doch sind es Zeugenberichte über politisch motivierte Verbrechen seit dem Beginn des Überfalls Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022, die nicht ungesühnt bleiben dürfen. Halten Sie die Kamera Ihres Smartphones über den QR-Code, der Sie zur Internetseite mit den Interviews führt.

„Warum machen sie das?“

Eine ukrainische Kriegszeugin berichtete: „Ehrlich gesagt, verstehe ich immer noch nicht, von wem sie uns befreien wollen. Ich will nicht mehr mit diesen Leuten kommunizieren, und ich kommuniziere auch jetzt nicht mit ihnen. ... Was hätte ich ihnen antworten sollen, als sie mir sagten, dass ich selbst schuld sei, dass ich mein eigenes Haus zerstört habe. Wer war das? War ich es? Oder hat die ukrainische Armee eine Bombe auf mein Haus geworfen? Mit diesen Leuten will ich nicht reden... Ich glaube, dieser große Graben zwischen uns (*Ukrainern und Russen*) wird noch Jahre, wenn nicht Generationen bestehen bleiben. ... Ich bin in der Sowjetzeit zur Schule gegangen, ich war auch Pionierin. Wegen des militärischen Hintergrunds meines Vaters bin ich auf eine russischsprachige Schule gegangen. In den ersten fünf Schuljahren habe ich überhaupt kein Ukrainisch gelernt. In den letzten Schuljahren habe ich nur noch Ukrainisch gelernt und gesprochen. Zehn Jahre lang habe ich mit meinem Kind auf der Krim Urlaub gemacht. Vor 2014 und auch danach habe ich mit meinen Freunden auf der Krim kommuniziert. Nach dem 24. Februar habe ich versucht, auf die Menschen auf der Krim zuzugehen. Ich habe ihnen gesagt: „Versteht, was ihr macht! Macht das nicht! Wir fühlen uns wohl in unserem Land. Ja, wir wollen der Europäischen Union beitreten. Vielleicht will das jemand, vielleicht auch nicht, aber wir müssen nicht von euch (*den Russen*) befreit werden! Bombardiert nicht unsere Städte und Dörfer! Zerstört nicht unsere Infrastruktur!“

„Für wen bist Du?“

Eine Zeugin aus der Schwarzmeer-Region Cherson sagte aus: „Ein Auto hielt an, das getönte Fenster ging runter. Wissen Sie, fast jeder dort (*in Cherson*) war russischsprachig. Und jemand aus dem Auto fragte: ‚Für wen bist Du? Für die Ukraine oder für Russland?‘ Natürlich sagten die meisten Leute: ‚Für die Ukraine‘. Und sie packten die Leute von der Straße und zwangen sie in das Auto! Sie (*die russischen Truppen*) öffneten also den Kofferraum und warfen die Menschen hinein. Und sie verschleppten sie an einen unbekanntem Ort. Sie schlugen auch Menschen nieder, es war beängstigend, durch die Straßen zu gehen. ...“

„Was wissen Sie über die Tötung von Zivilisten?“

Ein Zeuge aus dem Bezirk Buchanskij (Region Kiew) sagte aus: „Mein Schwiegersohn hat gestern und vorgestern zwei Cousins gefunden. Sie sind tot. Mein Freund fand seine Verwandten tot in Irpin, auf einem Feld. Ein Nachbar wurde vor vier Tagen verbrannt in seinem Hof gefunden. Als die Leute unsere Siedlung verließen, sahen sie ihn nicht in aller Eile. Aber als sie zurückkamen, fanden sie ihn. Er lag schon so lange dort, seit dem 5. März! Sie erkannten ihn an seinen Fingern, er hatte ein Tattoo und sie wussten, dass er es war.“

„Russisches Roulette“

Ein Kommentar von Valeriia Liamzienko

Jeder neue Tag in der Ukraine beginnt mit Luftalarm. Nach zweieinhalb Jahren Krieg gewöhnt man sich an dieses Geräusch. Aber an die täglichen Opfer gewöhnt man sich nie. Jedes Mal tut es genauso weh wie beim ersten Mal.



V.l.n.r.: Valerio Krüger, Dr. Carmen Krusch-Grün, Jevghen Sacharow, Valeriia Liamzienko. Am 18. Oktober 2023 kam es zu einer spontanen Begegnung der IGFM mit Jevghen Sacharow von der „Charkiwer Menschenrechtsgruppe“, der auf der Frankfurter Buchmesse das Projekt „Stimmen des Krieges“ vorstellte, um, wie er sagte, das „Unfassbare fassbar“ zu machen. Jevghen Sacharow war nicht das erste Mal in Frankfurt: 1995 war er Gast der IGFM-Jahreshauptversammlung, die unter dem Motto „50 Jahre UNO – eine neue Chance für die Menschenrechte?“ stand. Jevghen Sacharow ist IGFM-Mitglied.

„Damit die Menschen nichts zu essen hatten“

Ein Mann aus der Region Cherson antwortete: „Als die russischen Soldaten in die Stadt kamen, waren sie so erbärmlich gekleidet, wirklich wie Obdachlose. Ich meine, ihre Schuhe waren mit Klebeband überklebt! Sie trugen zu große Mäntel! Aber sie hatten Gewehre – und sie waren alle betrunken, total betrunken.“

Sie kamen in die Häuser, zogen den Riegel vor und sagten zu den Bewohnern: „Das war’s, wir werden euch umbringen, gebt uns das Gold!“ Sie plünderten fürchterlich. Auch alte Menschen wurden verspottet. Eine alte Frau, die ein paar Häuser weiter wohnte, sagte zu ihnen: „Söhne, was macht ihr da?“ Und sie antworteten: „Wie zur Hölle nennst du uns? Söhne? Wir töten dich jetzt und das war’s.“ ...

In der zweiten und dritten Woche der Besatzung waren die Geschäfte geschlossen. Es gab Leute, die von irgendwoher Brot bekamen. Sie versuchten, es den Menschen zu bringen. Russische Soldaten hielten den Wagen mit Brot an, warfen das Brot raus und fuhren mit ihrem Auto darüber – damit die Menschen nichts zu essen hatten. Sie taten dasselbe mit Frauen... Ich habe es selbst nicht mit meinen eigenen Augen gesehen, aber Frauen wurden vergewaltigt.“

Ende September feuerte Russland Raketen auf die Stadt Krywyj Rih (im Süden der Ukraine), die Heimatstadt von Wolodymyr Selenskij. In der Nacht des 21. September 2024 wurden drei Einwohner der Stadt getötet. Unter ihnen waren ein 12-jähriger Junge und seine Großmutter. Beide schliefen friedlich, als eine von „einfachen Russen“ abgefeuerte russische Rakete ihr Haus bis auf die Grundmauern zerstörte.

Die Mutter des Jungen, eine ehemalige Angehörige der ukrainischen Streitkräfte, stand schluchzend vor den Trümmern ihres Hauses und trauerte um ihre Mutter und ihren kleinen Sohn. Der älteste Sohn der Frau verteidigte die Stadt Mariupol und geriet in Gefangenschaft. Vom Tod seines jüngeren Bruders wird er nichts erfahren.

Es gibt Hunderte solcher Geschichten. Und sie wiederholen sich immer wieder.

Während Sie die Morgennachrichten lesen, zerstört eine russische Rakete ein ukrainisches Krankenhaus. Während Sie zur Arbeit fahren, wird ein Familienvater in der Nähe von Wuhledar (im Donbass) erschossen. Während Sie ein Meeting abhalten, werden in einer besetzten Stadt Kinder und erwachsene Zivilisten entführt. Während Sie mit Ihrer Familie zu Abend essen, werden ukrainische Gefangene in russischen Strafkolonien ausgehungert und gefoltert. Während Sie Ihre Kinder ins Bett bringen, trauert in Krywyj Rih eine Mutter in den Trümmern eines zerstörten Hauses um ihren Sohn.

Jeder neue Tag ist für die Ukrainer ein Lotteriespiel: „Man überlebt oder man überlebt nicht“. Russisches Roulette. Wir wollten es nicht spielen, aber wir wurden nicht gefragt.

Die Europäische Gemeinschaft muss nicht die Augen davor verschließen, was Tag für Tag, hier und jetzt in der Ukraine geschieht. Denn eines Tages könnte der Revolver des russischen Roulettes an Ihre Stirn gehalten werden.

Die Autorin ist in der von Russland annektierten Stadt Luhansk aufgewachsen.

ERITREA

„Entsetzliche Menschenrechtslage“

VON WALTER FLICK

In der Einleitung des jüngsten Reports des UN-Sonderberichterstatters zu Eritrea, der im Mai 2024 erschienen ist, heißt es: „Die Menschenrechtssituation in Eritrea ist weiter entsetzlich.“ Der Berichterstatter betont die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen des sozialistischen Regimes gegen eritreische Bürger in Verbindung mit dem unbegrenzten, zwangsweisen Nationaldienst, der Männer und Frauen betrifft. Zudem prangert er die Unterdrückung der Religions- und Glaubensfreiheit ebenso an wie die Situation von Verschwundenen sowie von willkürlich, langfristig Inhaftierten. Das Amt des UN-Sonderberichterstatters zu Eritrea hat seit 2022 der sudanesischen Rechtswissenschaftler Professor Mohamed Abdelsalam Babiker inne.

Der eritreischen Führung werden seit langem gravierende Menschenrechtsverletzungen wie die Verfolgung von Journalisten, Bürgerrechtlern und Anhängern von Religionsgemeinschaften – nicht allein verschiedener christlicher Bekenntnisse und Religionsgemeinschaften wie der Zeugen Jehovas,



Die eritreisch-orthodoxe Kathedrale in Asmara

FOTO: I. SAIKO

sondern auch von Muslimen – vorgeworfen.

Nach dem eritreisch-äthiopischen Friedensabkommen von 2018 keimten Hoffnungen auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage auf, die sich aber zerschlugen. Schließlich bat im November 2020 Äthiopien Eritrea um Militärhilfe im Kampf gegen die abtrünnige Provinz Tigray, wobei Berichten zufolge eritreische Soldaten bei Massakern an der Zivilbevölkerung maßgeblich beteiligt gewesen sein sollen, die noch nach dem Waffenstillstandsabkommen Ende 2022 dort verblieben. Viele junge Eritreer haben in den letzten Jahrzehnten insbesondere wegen des Nationaldienstes ihr Heimatland verlassen, der sich – bei umgerechnet rund 15 Euro monatlicher Entlohnung – teilweise über Jahrzehnte hinziehen kann.

Erlass von Mai 2002 und Machtfülle des Präsidenten

Im Mai 2002 hatte der seit 1993 regierende Staatspräsident Isayas Afewerki alle Angehörigen staatlich nicht erlaubter Kirchen – darunter 35 evangelikale – mit der Begründung, sie wirkten staatszersetzend, zu Staatsfeinden erklärt. Zugelassen sind neben dem Islam nur die orthodoxe, die katholische und die lutherische Kirche, die unter den wachsamen Augen des Staates Gottesdienst feiern dürfen. Die eritreische Botschaft in Berlin schrieb dazu 2005 an Vertreter der IGFM: „Der Regierungserlass (von 2002) soll das Entstehen von

Konfliktpotential in der Gesellschaft durch religiöse Aktivitäten bzw. Missionierungsbestrebungen von religiösen fundamentalistischen Sekten und Gruppierungen verhindern.... Nachrichten, die aus Einzelfällen oder dem Verbot erwähnter Gruppierungen eine Art „Christenverfolgung“ in Eritrea hochstilisieren, sind schlicht und einfach völlig überzogen.“

Afewerki, im Jahr 2024 bereits 78 Jahre alt, vereint als Staatspräsident in seiner Person die Position des Staatsoberhauptes, des Regierungschefs, des Oberbefehlshabers der Streitkräfte sowie des Chefs der einzigen zugelassenen Partei „Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit“ (PFD). Eritrea verfügt weder über eine in Kraft getretene Verfassung noch über praktizierte Gewaltenteilung.

Langzeithaftierte Christen und Muslime

Nach Informationen des UN-Sonderbeauftragten befanden sich mit Stand April 2024 mehr als 400 Christen willkürlich und ohne Anklage oder gar Verhandlung im Gefängnis. Andere Quellen gehen von diesbezüglich mindestens 500 Inhaftierten aus. Hierzu gehören einige Leiter freikirchlicher Gruppen, die 2024 bereits rund 20 Jahre lang hinter Gittern festgehalten wurden: Haile Naizgi, Leiter der Full Gospel Church und Kiflu Gebremeskel, Vorsitzender der Eritreischen Evangelischen Allianz; beide sind am 23. Mai 2004 in Haft gekommen und wurden



Der Diktator Isayas Afewerki unterzeichnete am 25. Oktober 1994 ein Dekret, durch das in Eritrea geborenen Anhängern der Zeugen Jehovas die Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Als Staatenlose bleiben ihnen wesentliche Grundrechte versagt; sogar der Zugang zu Wohnraum und Grundnahrungsmitteln wird ihnen erschwert.



FOTO: PRIVAT

Haile Naizgi, ehemals Leiter des pfingstlichen Hauskirchennetzwerks „Full Gospel Church“, das unter der sozialistischen Einpartei-herrschaft des Diktators Isayas Afewerki im Mai 2003 verboten wurde. In den frühen Morgenstunden des 23. Mai 2004 wurde er, wie auch ein anderer Pastor seiner Kirche und zugleich Leiter der Evangelischen Allianz Eritreas, Kiflu Gebremeskel, festgenommen.

in das berüchtigte Gefängnis „Wengel Mermera“ gebracht. Meron Gebereselasie, Pastor der Massawa Rhema Kirche und Kidane Weldou, Pastor der Full Gospel Church, gehören ebenfalls in diese Reihe.

Nach Angaben von Release Eritrea wurden von Mitte 2023 bis Mitte 2024 218 Christen festgenommen, einige davon mit ihren Kindern. Allein von Januar 2024 bis Mai 2024 gab es 110 Festnahmen, zumeist in ihren Wohnungen, manchmal nachts um drei Uhr. Am 20. Januar 2024 wurden 30 evangelikale Christen bei einem Kindergeburtstag in Asmara abgeführt. Ganze Familien sind in Lagern, überwiegend im Mai Serwa Gefängnis.

Noch immer befinden sich nach Angaben des Sprechers der Zeugen Jehovas für Deutschland 64 Zeugen Jehovas in Lagern, 35 Männer und 29 Frauen, manche von ihnen seit 2005.

Eine unbekannt Zahl von Muslimen befindet sich UN-Angaben zufolge in Haft.

Das Schicksal von über hundert Muslimen, die bereits im Dezember 1994 festgenommen wurden, ist unklar.

Tod in Haft

Am 9. April 2023 starb Pastor Tesfaye Seyoum, Oberhaupt der mennonitischen Meserete-Kristos-Kirche, nach zehn Jahren Haft im Gefängnis Mai Serwa und im Mai

2024 Pastor Girmay Araya, Mitgründer der "Full Gospel Church", im Alter von 78 Jahren, vermutlich im Strafermittlungszentrum Wengel Mermera in der Hauptstadt Asmara. Das Schicksal des 77-jährigen Pastor Samuel Okbamihaels, der ebenfalls Ende Juli 2021 festgenommen wurde, ist unbekannt. Mindestens 31 Christen kamen Angaben verschiedener Organisationen zufolge schon früher in Lagern und Gefängnissen zu Tode.

Staatliche Unterdrückung der eritreisch-orthodoxen Kirche

Längst sind von der Verfolgung nicht allein evangelische Freikirchen betroffen. So sind etwa führende Vertreter einer Erneuerungsbewegung innerhalb der an sich offiziell anerkannten eritreisch-orthodoxen Kirche bereits seit zwei Jahrzehnten in Haft, darunter der Psychiater und eritreisch-orthodoxe Priester Fitsum Ghebrenigus. Er wurde festgenommen, nachdem er der Einladung des eritreischen Gesundheitsministeriums zu einem Vortrag gefolgt war. Er soll wegen seines Engagements bei der staatlich unterdrückten Erneuerungsbewegung „Medhane Alem Bibelstudien-Gruppe“ ins Visier des Staates geraten sein. Zudem sind der renommierte Arzt Tekleab Mengisteab und der Bibelgelehrte Ghebre-Medhin Ghebre-Georgis zu nennen, die am 19. November 2004 festgenommen wurden.

Der Staat kontrolliert die eritreisch-orthodoxe Kirche bis in die Finanzen und Be-



FOTO: PRIVAT

Der eritreisch-orthodoxe Priester und Psychiater Fitsum Gebrenigus befindet sich seit 20 Jahren ohne Urteil hinter Gittern.

setzung der Leitungsfunktionen hinein und inhaftiert unliebsame Priester und Gläubige. Patriarch Abune Antonios, der sich gegen staatliche Einmischung gewandt hatte, wurde 2006 abgesetzt und starb am 9. Februar 2022 nach 16 Jahren Hausarrest. Fünf Bischöfe einer sogenannten Heiligen Synode exkommunizierten ihn im Juli 2019 wegen angeblicher Häresie; fünf den Patriarchen unterstützende Mönche wurden festgenommen. Im Jahr 2021 bereits wurde der 95-jährige Patriarch Abune Kerlos eingesetzt, der Ende 2022 starb und im Gegensatz zum legitimen Patriarchen Antonios mit offizieller Regierungsbeteiligung unter Anwesenheit von Staatspräsident Afewerki beerdigt wurde. Laut UN-Sonderberichterstatter befanden sich im April 2024 über 150 orthodoxe Christen in Haft.

Die Unterdrückung und Beeinflussung der eritreisch-orthodoxen Kirche reicht dem Bericht des UN-Sonderberichterstatters von 2024 zufolge bis in die Diasporagemeinden im Ausland hinein.

Auch Unterdrückung der katholischen Kirche

Seit 2001 verweigert das Regime das Gespräch mit den katholischen Bischöfen der vier Bistümer Eritreas. In den Jahren 2018 und 2019 kam es zu Schließungen Dutzender katholischer Einrichtungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Die katholische Bischofskonferenz forderte in einem Osterhirtenbrief 2019 einen Versöhnungs- und Demokratisierungsprozess. In einem weiteren Schreiben vom 4. September 2019 an die Regierung beklagten die Bischöfe einen Hass gegen den Glauben und die Religion sowie die massive Unterdrückung der Religionsfreiheit. Von Oktober 2022 bis Dezember 2022 wurde der eritreisch-katholische Bischof Fikremariam Hagos Tsalim im Militärgefängnis Adi Abeto vor den Toren Asmaras festgehalten. Er hatte in seinen Predigten die massiven Menschenrechtsverletzungen kritisiert.

In dem zuweilen als "Nordkorea Afrikas" bezeichneten Land ist keine System-

Zwischen vier Millionen bis sechs Millionen Einwohner Eritreas – die Zahl schwankt je nach Quelle – leben nach wie vor unter dem neomarxistischen Einpartei-System, in dem keine Wahlen abgehalten werden.

Man kann von etwa 48 Prozent Christen und 48 Prozent Muslimen ausgehen und vier Prozent kleiner indigener Religionsgemeinschaften. Die eritreisch-orthodoxe Kirche ist mit etwa 30 Prozent Anteil an der Bevölkerung die mitgliederstärkste christliche Gemeinschaft. Die Katholiken stellen fünf Prozent der Bevölkerung.

änderung in Sicht. In den letzten Jahren fällt auf, dass verstärkt „anerkannte“ Kirchen wie die eritreisch-orthodoxe und die römisch-katholische Kirche von Unterdrückung betroffen sind. Auch im Ausland gibt es Bedrohung und Abhängigkeit durch eritreische Regierungsaktivitäten.

Die IGFM fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Gefangenen,

die aus politischen oder Glaubens- und Gewissensgründen inhaftiert sind. Viele der in diesem Beitrag Genannten stellte sie im Rahmen der Aktion „Gefangener des Monats“ vor. Eritrea ist bereits 2002 dem „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ beigetreten, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.

Auch der endlose Militär- und Natio-

naldienst, der so viele zur Flucht treibt, ist nach Auffassung der IGFM abzuschaffen sowie eine gerechte Verfassung und Gewaltenteilung einzuführen. Der eritreische Militäreinsatz in der äthiopischen Provinz Tigray ist umgehend zu beenden. Jegliche Verhandlungen über Entwicklungsprojekte in Eritrea müssen die Menschenrechtsfrage miteinbeziehen.

ÄGYPTEN

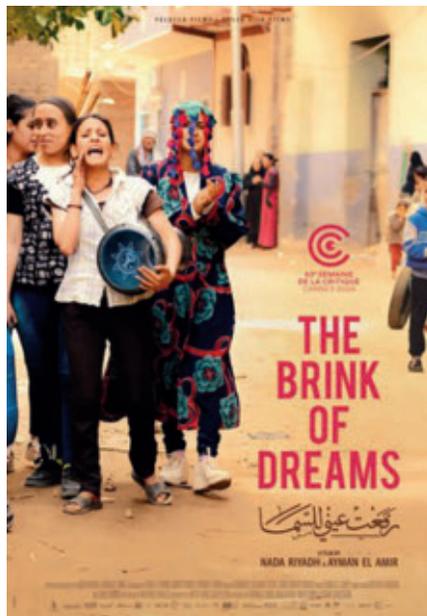
Erfolg für koptische Christinnen

Eine benachteiligte Minderheit erfährt Wertschätzung in der Filmwelt

VON MICHAELA KOLLER

Der ägyptische Dokumentarfilm „The Brink of Dreams“ („Der Rand von Träumen“) der Ägypterin Nada Riyadh und ihres Landsmannes Ayman El Amir über die christliche Stegreiftheater-Gruppe „Panorama Barscha“ aus dem ägyptischen Regierungsbezirk Minya hat in diesem Jahr eine Reihe von Auszeichnungen erhalten, darunter den Dokumentarfilmpreis „L'Œil d'or“ – zu Deutsch „Goldenes Auge“ – beim Filmfestival im südfranzösischen Cannes. Die IGFM steht seit 2018 in regem Kontakt zu der Gruppe. Auch in Deutschland gab es die Dokumentation schon zu sehen: Das 24. Filmfest „FrauenWelten“ wurde am 23. Oktober 2024 in Berlin mit dem Doku-Streifen eröffnet. Das Filmemacher-Duo hatte die Truppe vier Jahre lang begleitet.

Die Initiatorin von „Panorama Barscha“, die 36-jährige Justina Samir, erhielt im Jahr 2022 den Sonderpreis der Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen, die mit der IGFM eng zusammenarbeitet. Samir gründete die Laienschauspiel-Vereinigung im Jahr 2012, die sie seither als Regisseurin leitet. Zur Preisverleihung 2022 trat die Theatergruppe im Gemeindesaal des christlichen Müllsammelviertels Moytamadeia im Großraum Kairo auf, deren Einwohner von der IGFM seit 2020 mit humanitärer Hilfe und Projekten unterstützt werden. Das Kulturereignis stellte den Auftakt des zweiten Teils eines Trainingsprogramms für Frauen über



Filmposter „The Brink of Dreams“



Michaela Koller (dritte von rechts) mit Demyana Nassar (links neben M. Koller) und der Kerntuppe von „Panorama Barscha“

Gesundheitsvorsorge und Alltagsbewältigungsstrategien dar, mit dem Ziel, trotz deren lückenhafter Bildung die Lebendigkeit der Teilnehmerinnen zu stärken. Dadurch sollen letztlich die Lebensver-

hältnisse der Familien vor Ort nachhaltig verbessert werden, die ansonsten hauptsächlich von der Wiederverwertung gesammelter Abfälle leben.

Die koptisch-orthodoxen Darstellerinnen von „Panorama Barscha“ leben selbst in einer ländlichen, islamisch-fundamentalistisch dominierten Umgebung, rund 300 Kilometer südlich der Hauptstadt Kairo. Die Gruppe will mit ihren Stücken nicht nur unterhalten, sondern auch Botschaften vermitteln. In ihren Aufführungen setzen sich die Mitwirkenden etwa mit der Unterdrückung der Frauen und Mädchen, häuslicher Gewalt und Frühverheiratung auseinander. Sie werben für Selbstachtung, Gleichberechtigung und ein friedliches Zusammenleben.

Bereits 2021 gewann der ägyptische Spielfilm „Feathers“ („Federn“) den Hauptpreis der Kritikerwoche, für dessen Hauptrolle Regisseur Omar El Zohairy die Christin Demyana Nassar im Rahmen seines Castings bei „Panorama Barscha“ entdeckte. Der Film „Feathers“ ist eine satirische Gesellschaftskritik, die die Realität der Armut insbesondere der christlichen Minderheit schonungslos offenlegt und deshalb das ägyptische Establishment in Aufregung versetzte.

Bislang ist die christliche Minderheit in Ägypten, die ungefähr zehn Prozent der Bevölkerung ausmacht, in den Medien ihrer Heimat unterrepräsentiert. Die Beachtung, die sie nun durch die Filmwelt erfahren, gibt ihnen Rückenwind.

„Die Fanatiker sind von ihrer Belohnung im Paradies überzeugt“

Islamistische Lynchgewalt nimmt in Pakistan weiter zu

VON MICHAELA KOLLER

„Diese Bilder haben uns fassungslos gemacht“, so kommentiert Sajid Christopher von der pakistanischen Initiative Human Friends Organization (HFO) zwei Kurzvideos, die er über WhatsApp an die IGFM weiterleitet. Tatsächlich sind die Eindrücke jenseits des Erträglichen: Zu sehen ist ein Mann, der regungslos auf dem Boden sitzt, überall mit Staub bedeckt. An seinem Kopf, seinen Schultern und seinem vorderen Oberkörper ist breitflächig Blut zu sehen. Nach einem Schlag von hinten kippt er um. In der weiteren Filmsequenz liegt der Mann schon am Boden und Männer treten auf ihn ein, schreien dabei wütend.

„Sie leiten die Aufnahmen weiter, laden sie hoch, prahlen damit wie mit einer Trophäe“, erklärt Christopher weiter. Gemeint sind fanatische, islamistische Gruppen wie die Dschihadisten-Partei Tehrik e Labaik Pakistan (TLP). Bei dem Opfer, das in den Kurzvideos zu sehen ist, handelt es sich um

den 73-jährigen Schuhhersteller Nazir Gill Masih aus der Stadt Sargodha (Punjab). Am 2. Juni 2024 erlag der christliche Unternehmer im Militärkrankenhaus seinen schweren Verletzungen – verursacht durch Schläge mit Stöcken und Backsteinen.

„Ein Mitglied der TLP aus der Nachbarschaft gab an, Koran-Seiten mit Brandspuren in Nazirs Papiermüll gefunden zu haben. Die Nachricht von der vermeintlichen Koranschändung im Viertel Mujahid Colony verbreitete sich wie ein Lauffeuer“, erläutert Christopher den Hintergrund.

Rund 200 christliche Familien wohnen ebenfalls in der Gegend. Mehrere hundert gewaltbereite Fanatiker hatten sich zusammengerottet und ihre Wut richtete sich schließlich nicht nur gegen Nazir Masih und sein Eigentum, sondern auch gegen umliegende Geschäfte und Wohnungen. Viele Angehörige der Minderheit verbarrikadierten sich in ihren Häusern, wieder andere flohen. Durch das Eintreffen örtlicher Sicherheitskräfte wurden die Angreifer aufgehalten. Nicht in jedem Fall sind die Sicherheitskräfte so mutig. „Es hät-

te sonst ausgehen können wie in Jaranwala“. Im August 2023 brannten Islamisten in der Stadt ein christliches Viertel nieder, darunter mehr als zwei Dutzend Kirchen, nachdem angeblich zerrissene Seiten aus dem Koran entdeckt worden waren.

Derartige Vorfälle, die der IGFM gemeldet werden, häufen sich und es sind wiederkehrende Muster erkennbar: Im Altpapier des späteren Opfers werden Koranauszüge gefunden, zerrissen oder mit Brandspuren. Die Schändung des Buchs, das den Muslimen als heilig gilt, wird in Pakistan nach der entsprechenden Strafrechtsbestimmung in Paragraph 295 B mit lebenslanger Haft geahndet. Oder es wird in einem Gespräch ein Satz oder Wort als abschätziges Bemerkung über den islamischen Propheten Mohammed ausgelegt. Diese Beleidigung ahndet das pakistanische Strafrecht nach Paragraph 295 C mit der Todesstrafe.

Oftmals kommt der Gotteslästerungsvorwurf in persönlichen Auseinandersetzungen, im Konkurrenzkampf oder in politischen Disputen auf. Nicht überraschend ist es daher, dass unverhältnismäßig vie-



Das Video von der Mobgewalt gegen Lazar Masih ging viral.



Der Mob setzte auch die Schuhfabrik Lazar Masih's in Brand.



FOTO: HFO

Sajid-Christopher mit HFO-Team am Tatort in Sargodha

le Angehörige von religiösen Minderheiten dabei in ihr Fadenkreuz geraten, wie pakistanische Partnerorganisationen der IGFM wiederholt bestätigten. Es gehe niemals wirklich um Islamkritik, denn Angehörige von Minderheiten seien so erzogen, dass sie sich dazu auf keine Debatte einlassen.

Der Zulauf, den Extremisten erhalten, wächst seit Jahren beachtlich. „Viele junge Pakistaner, die sich von der Regierung wirtschaftlich ins Abseits gestellt sehen, schließen sich ihnen an“, sagt der Menschenrechtsverteidiger auf Nachfrage. „Viele Pakistani glauben, dass diese Bestimmungen aus dem Koran kommen. Fanatiker sind überzeugt, die Verfolgung von Gotteslästerern werde im Paradies belohnt. Daher wurden schon Mörder als Helden bejubelt.“ Aufgrund des Einflusses der islamistischen Ideologen wage noch keine Regierung, eine Entschärfung und erst recht nicht die Abschaffung der Gesetze anzuregen. Einige Details wurden 2023 sogar noch strenger geregelt. Scharfmacher setzen sich mittlerweile auch dort

Pakistanische Initiativen luden zu Demonstrationen nach dem Lynchmord ein.

durch, wo interreligiöse Verständigung zuvor verwurzelt war.

Christliche Menschenrechtsorganisationen begegnen den Herausforderungen vor Ort mit rechtlichem, humanitärem und psychosozialen Beistand: So vermitteln sie Verteidiger für Betroffene, unterstützen Überlebende bei Schadensersatz- und Schmerzensgeldklagen, helfen Beschuldig-

ten und Verwandten mit der Unterbringung in sogenannten „Safe Houses“ oder versorgen Familien auch spontan mit dem Notwendigsten, wenn deren Heim zuvor verwüstet wurde. Oftmals bedarf es gleich mehrerer Initiativen, um den vielfältigen Schäden zu begegnen, die ein Mob ange richtet hat. Die IGFM trägt mit ihrer Unterstützung dazu bei, dass die Bedrängten dort

nicht verzweifeln. Zugleich ermahnt sie die politisch Verantwortlichen, diese Schicksale in den Fokus zu rücken, auch wenn sie die Bilder vom jeweiligen Tatort – wie Sajid Christopher und uns – fassungslos machen.

Eine gekürzte Fassung dieses Beitrags erschien in IDEA Spezial Christenverfolgung 2024/2025

Pakistanische Christen am Blasphemie-Pranger

Das Jahr 2024 chronologisch

24. Januar 2024

Der 56-jährige Christ und Vater von zwei Kindern, Fanson Shahid aus Lahore, wird zu lebenslanger Haft verurteilt. Seit 16. März 2022 befindet er sich wegen eines angeblich blasphemischen Facebook-Kommentars hinter Gittern. Er gibt an, ein Mobiltelefon, auf dem er bei dem Internet-Netzwerk eingeloggt war, zuvor verloren zu haben.

10. Februar 2024

Islamische Fanatiker drohen dem 65-jährigen Christen Younis Masih aus der Region Faisalabad (Provinz Punjab), ihn zu lynchen. Er soll angeblich eine Muslimin misshandelt und vor ihren Augen einen Koran zerrissen haben. Die Polizei findet heraus, dass sie sich das Szenario nur ausgedacht hat.

25. Mai 2024

Der 73-jährige Schuhproduzent Nazir Gill Masih, Lazar Masih genannt, wird mit Stöcken, Steinen und Tritten von einer aufgebrauchten Menge traktiert, selbst als der Christ schon regungslos am Boden liegt. Zuvor hat sich wie ein Lauffeuer das Gerücht verbreitet, Seiten aus einer Koran Ausgabe seien im Müll vor seiner Werkshalle gefunden worden.

2. Juni 2024

Lazar Masih stirbt an den Folgen seiner schweren Verletzungen.

1. Juli 2024

Der 22-jährige Christ Ehsan Shan wird zum Tode verurteilt, weil er angeblich eine Koranschändung auf TikTok dokumentiert habe. Nachdem der Vorwurf

im August 2023 gegen ihn aufgekommen war, zerstörte am 16. August 2023 ein Mob ein christliches Viertel in Jaranwala (Provinz Punjab): 200 Familien verloren so ihr Haus und 26 christliche Gemeinden ihre Kirche. Ehsan und zwei angebliche Mittäter, die Brüder Rocky, 29 Jahre, und Raja, 27 Jahre alt, kamen in Haft, und im Frühjahr 2024 wurden die Brüder nach sieben Monaten hinter Gittern freigelassen.

7. August 2024

Die 32-jährige Christin Saima Farhad Gill aus Gojra (Provinz Punjab), zwei Kinder und verwitwet, wird von einem Mob bedroht und von der Polizei abgeführt, nachdem ihr Nachbar sie wegen Blasphemie angezeigt hat. Angeblich habe sie einen Koran zerfetzt, im Müll entsorgt und den Abfall vors Nachbarhaus geworfen.

26. August 2024

Die beiden Christen Tabish und Yeshua Shahid, 18-jährige Zwillingbrüder aus der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore, geraten, als sie zu Besuch bei Verwandten in einem Dorf im Distrikt Kasur sind, in Verdacht, Seiten aus dem Koran für Spielgeld verwendet zu haben. Aufgebrachte Passanten schlagen auf sie ein, drohen ihnen weitere Gewalt an. Die Polizei nimmt zunächst einige Christen aus dem Viertel fest, darunter auch Verwandte der Jungen, bis die Brüder sich dann der Polizei stellen.

12. September 2024

Der 52-jährige Hotelbesitzer Abdul Ali wird in einer Polizeistation der Stadt Quetta (Provinz Belutschistan) von ei-

nem Beamten erschossen. Der Unternehmer hat sich zu dem Zeitpunkt in Polizeigewahrsam befunden, weil er Berichten zufolge in den sozialen Medien abfällige Kommentare über den islamischen Religionsstifter Mohammed gepostet haben soll. Die Familie des Mörders empfängt in den darauffolgenden Tagen laut Medienberichten zahlreiche Besucher, die zu der Tat „im Namen des Propheten“ gratulieren.

18. September 2024

Die vierfache Mutter Shagufta Kiran, Christin aus Pakistan, wird von einem Gericht in der Hauptstadt Islamabad wegen Blasphemie zum Tode verurteilt. Über das soziale Netzwerk WhatsApp soll sie im September 2020 abschätzig Inhalte über den islamischen Propheten Mohammed geteilt haben. Die 40-jährige Krankenschwester wurde am 29. Juli 2021 verhaftet. Ihre beiden jüngsten Söhne, 10 und 12 Jahre alt, wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen. Wegen Drohungen muss sich die Familie verstecken.

Ebenfalls am 18. September 2024

Polizisten schießen in der Stadt Mirpurkhas (Provinz Sindh) auf den Arzt Shahnawaz Kumbhar, der am Tag zuvor wegen der angeblichen Verbreitung von blasphemischem Material in den sozialen Medien angezeigt wurde. Islamisten bringen daraufhin den Leichnam in ihre Gewalt und zünden ihn an, bevor er vom Krankenhaus, wo zuvor der Tod festgestellt wurde, zur Familie überführt werden konnte. Sie ehren zudem den Toteschützen mit Hymnen und Blumen.

VOLKSREPUBLIK CHINA

Willkürliche Verhaftungen von Taiwanern in China

Peking droht Befürwortern der Unabhängigkeit sogar mit Todesstrafe

VON MICHAEL LEH

Die kommunistische Volksrepublik China bedroht das freiheitliche und demokratische Taiwan nicht nur unablässig militärisch. Sie erlässt auch Gesetze und rechtliche Bestimmungen, um Taiwan und die Taiwaner einzuschüchtern. Bereits 2005 hatte der chinesische Nationale Volkskongress in Peking ein Antisezessionsgesetz verabschiedet. In dessen Artikel 8 wird Taiwan mit „nicht-friedlichen“ Mitteln gedroht, wenn es sich auf eine Unabhängigkeit zubewege.

Bereits diese Gewaltandrohung war und ist völkerrechtswidrig. Denn selbst dann, wenn man Taiwan nicht als eigenen Staat einstuft, ist es mindestens ein „stabilisiertes De-facto-Regime“. Auch gegenüber diesen gilt das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Gewaltverbot. Freilich schert sich China nicht um internationales Recht. Auch im südchinesischen Meer versucht es, seine Machtansprüche entgegen internationaler Schiedssprüche aggressiv durchzusetzen.

Im Januar 2024 gewann in Taiwan der für Peking missliebige Lai Ching-te von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) die Präsidentenwahl. Zwar setzt Lai außenpolitisch erklärtermaßen nur die Linie seiner Amtsvorgängerin Tsai Ing-wen fort. Wie diese wird er keine formelle Unabhängigkeit Taiwans erklären, weil dies für Peking der Casus belli wäre. Aber die DPP ist chinakritischer als die Kuomintang (KMT), deren Wahlsieg sich die Kommunisten auf dem Festland erhofft hatten. Lai und seine Vizepräsidentin Hsiao Bi-kihm hat man in Peking gewissermaßen als „separatistisches Duo“ identifiziert. Dabei versuchen die Kommunisten, die taiwanischen Parteien weiter für ihre Ziele zu spalten. Während Politiker der KMT in die Volksrepublik reisen können und dort hofiert werden, ist dies prominenten Vertretern der DPP ver-



FOTO: LEH

Auf der schwarzen Liste Pekings: Taiwans früherer Außenminister und jetziger Nationaler Sicherheitsberater Dr. Joseph Wu

wehrt. Mit den im Juni 2024 in Peking veröffentlichten neuen Justizrichtlinien über taiwanische „Separatisten“ und ihre Unterstützer drohen ihnen sogar Festnahme und Bestrafung. Das gilt auch für normale taiwanische Bürger, und es gab bereits Verhaftungen auf chinesischem Boden.

Taiwanische Politiker auf schwarzer Liste Pekings

Die Richtlinien mit 22 Paragraphen wurden unter anderem vom Obersten Volksgericht, der obersten Volksstaatsanwaltschaft und dem Ministerium für öffentliche Sicherheit in Peking verkündet. Sie gelten der strengen „Bestrafung von Anhängern der Unabhängigkeit Taiwans wegen separatistischer Straftaten und Anstiftung zum Separatismus“. Dabei wird auch auf Artikel 103 Absatz 1 des Strafgesetzbuches über Separatismus verwiesen. Bestraft werden soll unter anderem, wer „separatistische Organisationen“ gründet und Pläne für eine Unabhän-

gigkeit Taiwans ausarbeitet, wer „die nationale Einheit untergräbt“, wer versucht, den „rechtlichen Status Taiwans als Teil Chinas“ zu ändern, wer Volksabstimmungen über die „Region Taiwan“ beabsichtigt.

Bestraft werden soll auch der Versuch, „zwei Chinas“, „ein China, ein Taiwan“ oder die „Unabhängigkeit Taiwans“ in der internationalen Gemeinschaft zu etablieren. Etwa durch die „Förderung des Beitritts Taiwans zu internationalen Organisationen, die auf souveräne Staaten beschränkt“ seien. Wer eine „organisatorische, planerische oder kommandierende Rolle“ in separatistischen Gruppen innehat, werde als „Rädelsführer“ gemäß Artikel 103 Strafgesetzbuch bestraft.

Todesstrafe für „Hardcore“-Unabhängigkeitsbefürworter

„Rädelsführer“ und diejenigen, die schwerwiegende Straftaten begangen hätten, können zu lebenslanger Haft oder zu einer

Freiheitsstrafe von zehn Jahren verurteilt werden, heißt es in Ziffer 6 der Richtlinien. Und: „Über diese kann, wenn der Schaden für die Nation oder das Volk besonders schwerwiegend oder die Umstände besonders abscheulich waren, die Todesstrafe verhängt werden“. In einer ausführlichen Kasuistik werden weitere Strafen für verschiedene Beteiligungsgrade an separatistischen Aktivitäten aufgeführt. Zugleich werden gewissermaßen „Gummiparagraphen“ formuliert, die für alles Mögliche herhalten können.

Ziffer 17 betrifft „Verdächtige oder Angeklagte, die sich außerhalb des Festlandes“ befinden. Wenn der „Sachverhalt der Straftat bereits klar ist“, heißt es darin, „und die Beweise glaubwürdig und ausreichend sind“, könne ein Volksgericht auch in Abwesenheit des Angeklagten verhandeln.

China ruft die Bürger zur Denunziation auf

Das chinesische Büro für Taiwanangelegenheiten hat ein Internetportal mit E-Mail-Adresse eingerichtet, über das Bürger hartnäckige Verfechter einer Unabhängigkeit Taiwans melden sollen.

Peking hatte sogleich auf einer Liste zehn taiwanische Regierungsmitglieder und Politiker als „eingefleischte Sezessionisten“ aufgeführt. Laut einem Bericht der „Taipei Times“ sind dies der frühere Außenminister und derzeitige Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Joseph Wu, Vizepräsidentin Hsiao Bi-khim, Verteidigungsminister Wellington Koo, der frühere Premierminister Su Tseng-chang, der ehemalige Parlamentspräsident You Si-kun, die DDP-Abgeordneten Tsai Chichang, Ker Chien-ming und Wang Tingyu, der stellvertretende Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates Lin Fei-fan und der Sprecher der „Government Watch Alliance“, Chen Jiau-hua.

Taiwans Präsident Lai erklärte auf der Plattform X zu den chinesischen Richtlinien: „China hat kein Recht, Taiwaner wegen ihrer politischen Ansichten zu bestrafen oder sie über die Grenzen hinweg strafrechtlich zu verfolgen.“ Das taiwanische Büro für Festlandangelegenheiten warnte die taiwanesischen Bürger vor „unnötigen“ Reisen nach China einschließlich Hongkongs und Macaus. Viele Taiwaner arbeiten auf dem Festland, sie dürften besonders gefährdet sein. Das US-Außen-

ministerium hat das chinesische Vorgehen scharf verurteilt.

Am 26. August verurteilte ein Gericht in der chinesischen Provinz Zhejiang den 34-jährigen Taiwaner Yang Chih-yuan wegen „Separatismus“ zu neun Jahren Haft. Die taiwanische Regierung kritisierte das drakonische Urteil scharf: „Das absurde Urteil entspricht nicht den in der zivilisierten Welt geforderten Mindeststandards für ein ordentliches Gerichtsverfahren. Das taiwanische Festlandsbüro verurteilt dieses Ergebnis aufs Schärfste und fordert, dass das vollständige Urteil und die Beweise, die das Urteil rechtfertigen sollen, von den zuständigen KPCh-Behörden unverzüglich offengelegt werden.“ Die taiwanische Behörde sprach von „haltlosen Erfindungen und falschen Anschuldigungen der KPCh“.

Yang war bereits im August 2022 inhaftiert worden – Stunden nach dem Treffen von Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen mit der damaligen Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, in Taipeh. Derzeit soll er in der Küstenstadt Wenzhou inhaftiert sein. Inzwischen wurden weitere Fälle von in China verhafteten Taiwanern bekannt, denen „Separatismus“ vorgeworfen wird.

GEORGIEN

Protokoll der IGFM-Wahlbeobachter

VON KARL HAFEN

Blick zurück in die Geschichte der IGFM in Georgien

Die ersten freien Wahlen in Georgien fanden im Oktober 1990 statt. Erster frei gewählter Präsident wurde Zviad Gamsachurdia, der bis dahin die georgische Helsinki-Gruppe geführt hatte. Und ebenfalls 1990 wurde die IGFM-Sektion Georgien gegründet. Seither begleitet die IGFM jede Phase der politischen Richtungskämpfe in Georgien. Zviad Gamsachurdia war das erste Opfer russischer Einflussnahme. Er wurde durch einen militärisch-kriminel-

len Staatsstreich gestürzt, und an seine Stelle wurde der ehemalige sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse, vormals Chef der kommunistischen Partei Georgiens, neuer Präsident. Erster Gratulant war der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der – dankbar über Schewardnades Verdienste bei der Wiedervereinigung Deutschlands – kein Wort angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen während und infolge des Putsches in Georgien verlor. Der erste Präsident Zviad Gamsachurdia, der nach seiner Ausweisung aus Georgien mehrere Tage in der IGFM-Geschäfts-

stelle in Frankfurt Zuflucht gefunden hatte, wurde schließlich ermordet. Kein Aufschrei in der freien Presse, stattdessen halten sich im Internet weiterhin Lügen – damals kannte man den Begriff Fake-News noch nicht – wie etwa die Mär, dass Schewardnadse demokratische Reformen in Georgien umgesetzt hätte. Wahr ist aber, dass Schewardnadse die Todesstrafe wieder einführen wollte, um sich dreier hochangesehener früherer Bürgerrechtler, Mitglieder der Helsinki-Bewegung zu entledigen, die er hatte einsperren lassen. Die IGFM hatte das mit nachhaltigem Hinweis auf die Eu-



Finger von Wahlberechtigten werden im Wahllokal markiert, um mehrfache Wahlversuche auszuschließen.

ropäische Menschenrechtskonvention, der Georgien beigetreten war, verhindern können. Schewardnadses Amtszeit war geprägt von Korruption und regelmäßigen Wahlfälschungen; und 2003 wurde auch er durch die sogenannte „Rosenrevolution“ gestürzt. Bis heute ist das georgische Volk Objekt des Terrors, und immer hatte und hat Russland seine Finger im Spiel. Schon bei der IGFM-Jahresversammlung 1991 warnte Reno Siradse, Repräsentant des ersten frei gewählten Präsidenten Gamsachurdia: „Leider wird zurzeit wenig über Menschenrechtsverletzungen in Georgien berichtet. Jetzt wird eine neue Taktik von den Machthabern angewendet. Was heute in Georgien geschieht, könnte jederzeit anderswo passieren. Es könnte sich als die Generalprobe herausstellen. Bitte seien Sie wachsam.“ Wie wahr, wie wahr!

Parlamentswahlen im Oktober 2024 – Wahlverstöße dokumentiert durch IGFM-Wahlbeobachter

Am Samstag, den 26. Oktober 2024, fanden in Georgien Parlamentswahlen statt. Mehrere tausend Wahlbeobachter aus dem In- und Ausland waren dort im Einsatz. Auch Mitglieder der georgischen Sektion der IGFM waren offiziell als Wahlbeobachter akkreditiert. Nach der Wahl erklärten

viele Beobachter, die Wahl sei massiv von außen beeinflusst worden. Unabhängig vom zunächst von der Wahlkommission erklärten Ausgang der Wahl und vom Ausgang der von der Wahlkommission veranlassten Neuauszählung in zahlreichen Stimmbezirken bleiben die Verstöße gegen allgemeine und faire Wahlen in Erinnerung. Der Sprecher der IGFM-Sektion Georgien übermittelte uns eine Liste der durch unsere Wahlbeobachter festgestellten Verstöße:

In mehr als 345 Fällen wurde das völlige Fehlen oder die Verletzung der Kennzeichnungsregeln aufgedeckt. (Erklärung der Redaktion: Wahlberechtigte Bürger wurden in den Wahllokalen an der Hand mit einer Flüssigkeit markiert, die mit einem speziellen Licht sichtbar gemacht werden kann. Mit dieser Maßnahme konnte überprüft werden, ob eine Person sich zwei- oder gar mehrmals in die Schlange der Wahlberechtigten eingereiht hat.)

In mehr als 90 Fällen wurde gegen das Gesetz der geheimen Wahl verstoßen.

In mehr als 350 Fällen hielten sich Unbefugte in den Wahllokalen und in unmittelbarer Nähe der Wahllokale auf und störten den Wahlvorgang. Wiederholte Fälle von

Einschüchterung von Wählern wurden aufgedeckt.

Mehr als 100 Fälle von körperlichen Auseinandersetzungen wurden registriert. Zu den Opfern zählten Journalisten und Beobachter.

163 Vorkommnisse der Beeinflussung von Beobachtern, so dass sie ihre Funktion nicht ausüben konnten, wurden aufgedeckt, in einigen Fällen wurden sie einfach aus den Wahllokalen verwiesen.

Personen, die mehrfach wählen wollten, wurden festgestellt. (sogenannte „Karussells“)

Es gab Fälle, in denen eine Person mehrere Stimmzettel in die Wahlurne warf, Beobachter konnten einen solchen Vorgang sogar mit dem Smartphone aufnehmen. Einige Beobachter berichten, dass sogar Fälle von direkter Bestechung von Wählern in den Wahllokalen festgestellt wurden.

Verstöße, die den freien Willen der Bevölkerung beeinträchtigen könnten, wurden in den folgenden Wahlkreisen bemerkt: Gori, Khashuri, Kareli, Marneuli, Bolnisi, Kaspi, Senaki, Gardabani, Gurjaani, Sighnaghi, Dedoplistskaro, Kobuleti, Sagarejo, Batumi, Telavi, Zugdidi, Chkhorotsku, Achalziche, Mzcheta, Akhalkalaki, Rustavi, Kharagauli, Gldani, Isani, Samgori.

In den Wahllokalen im Ausland war der Wahlprozess sehr schlecht organisiert, die Wähler standen stundenlang Schlange, um ihre Stimme abgeben zu können, und einige von ihnen konnten überhaupt nicht wählen.

Lokale Beobachter glauben daher, dass die Wahlen manipuliert wurden, was bedeutet, dass sie den Willen der Wähler nicht vollständig zum Ausdruck bringen.

Zwei bekannte Unternehmen, Edison Research und HarrisX, die nach der Wahl Befragungen durchgeführt haben, sagten, dass die Partei Georgischer Traum maximal 40 bis 42 Prozent erzielt hat.

Laut Schätzung der IGFM-Wahlbeobachter macht der Wahlbetrug circa 13 Prozent aller gezählten Stimmen aus.

Avtandil Davitaja, Vorsitzender der IGFM-Sektion Georgien, per WhatsApp am 29.10.24

Flüchtlinge zwischen den Mühlen des Machtkampfs

Ein Jahr nach der Vertreibung aus Bergkarabach

VON MICHAELA KOLLER

„Die Armenier sahen sich mit einer unüberwindbaren Macht konfrontiert“, so beschreibt Bela Schikarjan, Vorsitzende der IGFM-Sektion Armenien, die Ausgangslage des Blitzkriegs im Südkaukasus im September 2023. Binnen eines einzigen Tages hatte Aserbaidshans die Region Bergkarabach unter seine Kontrolle gebracht. Die 54-Jährige mit dem rötlichen Kurzhaarschnitt begleitet die Verfasserin in diesen Septembertagen durch die armenische Hauptstadt. Wir besuchen zusammen Flüchtlinge.

Schikarjan erinnert sich lebhaft an den Angriff vom 19. September 2023 und die Vertreibung von rund 120.000 ethnischen Armeniern, nachdem die Regierung der De-facto-Republik Artsach zur Kapitulation gezwungen war. „Das war Genozid an den Armeniern dort“, sagt sie. Wer auch immer in diesen Tagen um seine Bewertung des Vorgehens gebeten wird, in einem Punkt sind sich die Befragten in Jerewan einig: Sie sehen sich durch Luis Moreno Ocampo bestätigt, von 2003 bis 2012 Chefankläger am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Bereits während der zehnmonatigen Blockade der einzigen Versorgungsrouten Bergkarabachs, des Latschinkorridors, nannte er das Vorgehen Baku als Völkermord.

Ein Jahr danach befinden sich wohl die meisten der Überlebenden dieser ethnischen Säuberung in Armenien. Schikarjan und ihre Unterstützer gehörten zu den Freiwilligen, die die Flüchtlinge willkommen hießen, sie mit humanitärer Hilfe versorgten und sich Zeit nahmen, ihren Berichten von traumatisierenden Erfahrungen zuzuhören. In diesen Tagen deutet dort nur wenig darauf hin, was vor einem Jahr an Leid über diese Menschen kam: Vor dem Regierungsgebäude auf dem Platz der Republik weht am Abend die Nationalflagge; sie ist jedoch wider Erwarten nicht auf Halbmast gesetzt. Vor dem benachbarten Histo-



Ewige Flamme in der Genozid-Gedenkstätte Zizerkanaberd

FOTO: M. KOLLER

rischen Museum erklingt Musik zum bunt beleuchteten Wasserspiel. Das ist anders als etwa an jedem 24. April, dem nationalen Trauertag zum Gedenken an den Auftakt zum Völkermord von 1915 oder anlässlich aktueller tragischer Ereignisse. Dann kehrt jeweils auf diesem großen Platz Stille ein.

Vergeblich suchte man auch in den armenischen Medien etwa nach einer Erklärung des Premierministers Nikol Pashinjan zum traurigen Jahrestag. Allein das armenische Außenministerium nahm darauf Bezug und bezeichnete die Vertreibung der Armenier aus der Region als „letzte Phase der ethnischen Säuberungspolitik“. Mit Blick auf die Verhandlungen zwischen Jerewan und Baku über eine friedliche Lösung erwarte die armenische Diplomatie eine „klare Demonstration des politischen Willens und des Engagements für die Friedensagenda“. Aus Baku hieß es in einer Ent-

gegnung, die Bergkarabach-Armenier hätten eine „freie Entscheidung“ getroffen, als sie das Land verließen – die übliche Propaganda.

Wir treffen Gegham Stepanjan, den letzten Ombudsmann für Menschenrechte der De-facto-Republik Artsach, der das anders erlebt hat, als aus Baku verlautbart wird. Sein Amt übernahm der Politikwissenschaftler als erst 29-Jähriger im März 2021: Er dokumentierte in der Folge die Menschenrechtsverletzungen Aserbaidshans, denen sich die Bevölkerung der Region insbesondere durch die Blockade ausgesetzt sah, und koordinierte die Suche nach verschwundenen Zivilisten und gefallenen Soldaten.

Die Begegnung mit dem schlanken Mann im gestärkten weißen Hemd findet am nächsten Mittag an einem symbolischen Ort statt, auf der Schwalbenfestung,

Zizernakaber, wie die Armenier sie nennen. Das dortige Denkmal aus grauem Basalt sieht aus wie ein Nest; daneben steht ein Dorn, der in den Himmel ragt. Das ist die Stätte zum Gedenken an die eineinhalb Millionen armenischen Völkermord-Opfer von 1915. Links am Weg zum ewigen Feuer befinden sich auch Grabsteine Gefallener aus dem Ersten Bergkarabach-Krieg von 1991 bis 1994. „Vor einem Jahr

endete die jahrtausendelange Geschichte der armenischen Bevölkerung in Arzach“, erklärt Stepanjan.

Nahrungsmittel, Medikamente und Treibstoff, alles das, was zum Überleben nötig ist, sei während der Blockade zunehmend knapper geworden. Doch die Bergkarabach-Armenier hätten sich nicht unterkriegen lassen und zäh durchgehalten. Dass sie binnen zwei Wochen nahezu alle

ihre angestammte Heimat verlassen haben, sei der Brutalität des Angriffs geschuldet, durch den 230 Armenier umkamen: „Wie auch schon 2020 griff Aserbaidschan wahllos zivile Gemeinden, zivile Infrastruktur und Kulturstätten an. Der erzwungene Exodus war erbarmungslos und forderte mehr als 60 weitere Menschenleben“, sagt er in sachlichem Tonfall fließend auf Englisch.

Es ginge dem aserbaidischen Machthaber Ilham Alijew um mehr als nur um militärische Kontrolle: „Der aserbaidische Vandalismus gegen Kirchen, Denkmäler und andere historische Stätten ist ein offensichtlicher Versuch, die armenische Identität in der Region auszulöschen.“

Die Gedenkkultur Jerewans kommentiert Stepanjan nicht, vielmehr zeigt er sich verwundert über den Mangel an internationaler Resonanz auf das, was er wenige Tage nach unserem Gespräch als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vor den Internationalen Strafgerichtshof gebracht hat. „Die Vertreibung von 120.000 Menschen ist anscheinend noch nicht schlimm genug, damit ihr Leid anerkannt wird“, sagt er.

Während die Weltöffentlichkeit bald zur Tagesordnung übergegangen sei, werde in Armenien das gesellschaftliche Klima gegenüber den Flüchtlingen aus Bergkarabach rauer. Viele seiner Landsleute sehen sich, so beklagt er, dem pauschalen Vorwurf ausgesetzt, für eine Fortsetzung des Bündnisses mit Russland einzutreten. Stepanjan sucht in dem Moment im Schatten eines Baumes Schutz vor der immer noch heißen Jerewaner Mittagssonne. Auf die spontane Frage hin, welches Klima er aus seiner Heimat gewohnt sei, durchbrechen Emotionen sein bislang nüchternes Reden. „Es war so mild, einfach herrlich“, spricht er bedrückt zu Boden blickend.

Ausgrenzung aufgrund von Vorurteilen könnte die Flüchtlinge zum zweiten Mal zu Opfern machen. Damit sie nicht zwischen die Mühlen der innenpolitischen Auseinandersetzungen geraten, empfiehlt die Philologin Schikarjan Fake-News von Fakten zu unterscheiden: Russische Friedenstruppen sollten laut Waffenstillstandsabkommen vom November 2020 die Einhaltung der Übereinkunft sichern; Moskau signalisierte aber Baku hingegen vertragswidrig, dass sie Bergkarabach nicht schützen würden und unterließ es, den bis dato Bündnispartner in Jerewan über den bevorstehenden An-

Armenien: Ältester christlicher Staat zwischen den Fronten

Armenien, ein Staat im Südkaukasus, zwischen Georgien im Norden, der Türkei im Westen und Iran im Süden, hat zwei Grenzen zu Aserbaidschan, nämlich zum Zentralstaat im Osten und zur Exklave Nachitschewan im Südwesten. Nach der Offensive Aserbaidschans im September 2024 auf Bergkarabach gab Armenien die Region auf und die armenischstämmige Bevölkerung flüchtete aus ihrer Heimat. So wurde die aus aserbaidischer Sicht schon vorher bestehende völkerrechtliche Zugehörigkeit zu Aserbaidschan nun auch faktisch vollzogen. Zigttausende Armenier kamen aus Bergkarabach nach Armenien und stellen das Land mit rund drei Millionen Einwohnern und einer Größe vergleichbar dem Bundesland Brandenburg nicht nur vor große humanitäre Probleme. Auch politisch ist die Lage weiterhin nicht stabil: Der aserbaidische Präsident Ilham Alijew erkennt die Existenz Armeniens nicht an, sondern nennt das Land „Westaserbaidschan“, das sein Staat sich zurückholen werde. Er arbeitet mit allen Mitteln auf dieses Ziel hin, auch mit Geschichtsfälschung, indem er ein eigenes Narrativ in Auftrag gegeben hat, die sogenannte Albania-Theorie, nach der es ein Reich „Albania“ gab, das von Aserbaidschanern gegründet wurde und in dem sich erst im 19. Jahrhundert Armenier ansiedelten. Nach dieser Auslegung sind auch alle alten Kulturstätten im heutigen Armenien ursprünglich aserbaidisches, gestohlenen Kulturgut. Das Perfide an dieser Geschichtsfälschung ist, dass diese Version inzwischen mehrere orientalische Staaten anerkennen und als historische Erkenntnisse in den Schulen lehren, damit künftig eine nachfolgende Generation Armenien das Existenzrecht als Staat abspricht und die Armenier aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die Türkei, die sich selbst als Bruderstaat Aserbaidschans bezeichnet, unterstützt diese Politik, wozu auch die Forderung nach Anerkennung von zwei angeblichen Genoziden an den Aserbaidschanern durch Armenien gehört, während der Völkermord von 1915 an den Armeniern vehement bestritten wird. Die Hinwendung Armeniens nach Europa und sein Bestreben, Mitglied der EU zu werden, wiederum verärgerte Russland, das als Schutzmacht Armeniens nichts unternahm, die Bergkarabach-Armenier zu unterstützen.

In einer über 150 Seiten umfassenden Dokumentation hat sich IGFM-Mitarbeiterin Dr. Carmen Krusch-Grün mit der politischen Situation Armeniens befasst und dabei die aktuelle Bedrohungslage von der historischen Einordnung bis hin zum abfälligen Wortschatz des aserbaidischen Präsidenten Alijew analysiert. Mit Blick auf das Zusammenspiel mit dem Bruderstaat Türkei und die politische Einflussnahme Russlands wegen der EU-freundlichen Haltung Armeniens sieht sie die Zukunft des Landes gefährdet. Um das heutige Verhältnis zwischen Armenien und Aserbaidschan zu verstehen, empfehlen wir diese sehr detailliert begründete Dokumentation.

Karl Hafen

griff zu informieren. Premierminister Nikol Paschinjan, zuvor schon auf Distanz zum Kreml, hat Armeniens Teilnahme an der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS), Putins Anti-NATO, eigenem Bekunden zufolge eingefroren. Moskaus Hoffnung auf Einfluss in Armenien liegt nun bei dem armenisch-apostolischen Erzbischof Bagrat Galstanjan. Er und seine Anhänger erhielten Aufwind, bei wiederholten Massendemonstrationen unter anderem unterstützt durch frühere Arzach-Repräsentanten, nachdem Jerewan im Zuge der Friedensverhandlungen am 19. April 2024 die Zustimmung zu Grenzänderungen entlang der früheren Demarkation aus Sowjetzeiten ankündigte. Die Verlegung der Grenze betrifft vier Dörfer in der Region Tawusch, die im Bistum des politisch ehrgeizigen Oberhirten liegen.

Die Mittfünfzigerin Silva Verdijan aus Arzachs Hauptstadt Stepanakert vertraute lange auf Moskaus Garantien: „Wir dachten, dass es Hilfe geben würde, sie würden uns beschützen, aber als die Aserbajdschaner in die Stadt eindrangen, war es klar, dass wir weglaufen mussten, um noch mit dem Leben davon zu kommen.“ Mit Schikarjan besucht die Verfasserin die Witwe in der kleinen Jerewaner Wohnung auf einer Anhöhe am Stadtrand, wo sie mit ihrem jüngeren



Kreuzstein, Chatschkar genannt, im Geschichtsmuseum von Armenien in Jerewan. Diese Kunstform fand Aufnahme in die Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit der UNESCO. Aserbajdschan zerstört solche Denkmäler.



Porträtbilder der gefallenen Angehörigen in der Wohnwand

Sohn, seiner Frau und zwei Enkelkindern Zuflucht gefunden hat. Eine dramatische Geschichte war ihrer abenteuerlichen zweektägigen Flucht per Anhalter aus der umkämpften Heimat vorausgegangen. Bis zur sprichwörtlichen letzten Minute hatte sie gebangt: „Es war sehr schwer. Am schmerzlichsten war es, das Grab meines Sohnes zu verlassen.“

Ihn und seinen Bruder, der jetzt bei ihr lebt, hatte sie allein großgezogen, seit sie zwei und drei Jahre alt waren, denn ihr Mann war 1993 im Ersten Karabach-Krieg gefallen. Nur wenige Tage vor dem Waffenstillstand im Zweiten Karabach-Krieg riss dann der Kontakt zum älteren Sohn ab, der als Soldat das Land verteidigte. „Einige Zeit später fanden sie die Überreste durch Drohnenangriffe verbrannter Soldaten. DNA-Analysen brachten ans Licht, dass einer von ihnen mein Sohn war.“ Mehrere Fotos in der Wohnung erinnern an ihn: Ein Bild von Verdijan mit ihm prangt auf einer Tasse und einem Windlicht auf einem Brett in der braunen Wohnwand. Unter Tränen fügt sie hinzu: „All diese Opfer haben zu nichts geführt; wir haben dennoch unsere Heimat verloren.“

Nach dem Besuch bei ihr auf dem Weg ins Zentrum Jerewans kommt Bela Schikarjan unter diesen Eindruck nochmals auf

Erzbischof Galstanjan und seine Unterstützer zu sprechen. „Sie scheuen keine Mittel, um der derzeitigen Regierung die Schuld für die Niederlage des Zweiten Arzach-Kriegs zu geben.“ Sie riefen gar zu einem weiteren Krieg auf, „gewürzt mit falschem patriotischem Pathos“. „Sie haben nicht wirklich etwas zu sagen und nichts anderes anzubieten. Diese Demonstrationen sind bereits in der Phase des Ausklingens; nach und nach lichten sich die Reihen.“

Die Ambitionen des Geistlichen seien im Zusammenhang mit den korrupten ehemaligen Machthabern und ihren Bestrebungen zu sehen, gegen die Nikol Paschinjan 2018 angetreten war und 2021 wieder bestätigt wurde. „Sie zögerten nicht, ihr ganzes Potenzial zu nutzen, um die demokratischen Autoritäten zu diskreditieren und abzuwerten.“ Die armenischen Behörden unterstützten die Flüchtlinge aber nach Kräften, auch finanziell, entsprechend ihrer begrenzten Mittel. Sie glaube an Paschinjan, an den Frieden, damit das Leiden ein Ende habe.

Die IGFM hilft den Flüchtlingen aus Bergkarabach mit humanitärer Hilfe, damit sie die Hoffnung auf eine Zukunft in Armenien nicht verlieren.

Dieser Beitrag erschien in gekürzter Form in: „Die Tagespost“, 4. Oktober 2024

LITAUEN

Solidarität mit dem Baltikum!

Reise nach Litauen

VON VALERIO KRÜGER

Mit dem Flugzeug dauert es nicht lange vom Start in Frankfurt bis zur Landung in Vilnius: Nach zwei Stunden und fünf Minuten ist man im Baltikum. In die litauische Hauptstadt führte uns im Juli 2024 eine Reise, in deren Fokus das Kennenlernen der Geschichte Litauens unter Terror und Okkupation stand. Und natürlich waren wir froh, diese fünf Tage gemeinsam mit Jurgita Samoskiene, der Leiterin der litauischen IGFM-Sektion, verbringen zu dürfen. Sie konnte uns mit ihren Orts- und Sprachkenntnissen bestens beim Kennenlernen der Stadt und des Landes unterstützen.

Gemeinsam besichtigten wir wichtige historische Stätten des Landes, wie das Museum der Okkupation und des Freiheitskampfes, das KGB-Museum, sowie den Friedenspark, wo nach 1990 Massengräber aus der Sowjetzeit gefunden wurden. Die Stationen und Experten-Gespräche, gespickt mit fundierten Kenntnissen und persönlichen Geschichten, haben die düstere Ära des Totalitarismus und die schweren Schicksale der Opfer greifbar gemacht. So unermesslich das Leid der Menschen unter der sowjetischen Herrschaft war, so beeindruckend ist gleichermaßen der Einsatz der Balten für ihre Freiheit und ihre Würde.

Während der kommunistischen Herrschaft waren die baltischen Staaten doppelt gestraft: Sie verloren nicht nur – wie alle anderen osteuropäischen Staaten – ihre



Teilnehmer der Reise auf der Gediminas-Burg

Freiheit, sie büssten zudem ihre Eigenstaatlichkeit ein. Die Aufarbeitung der sowjetischen Diktatur nach 1990 stand daher vor besonderen Herausforderungen. Plätze und Orte in ganz Vilnius zeugen von der zurückgewonnenen Freiheit. Wer die Stadt besuchen will, dem sei der kurze Aufstieg auf den Gediminas-Berg im Zentrum der Stadt empfohlen. Denn dabei belohnt nicht nur der Blick über die gesamte Stadt, auch ist in den Überresten der Steinburg, in dem noch sehr gut erhaltenen Gediminas-Turm, eine tolle Ausstellung über die Freiheitsbewegung zu sehen. Im Jahr 1989 wurde der Gediminas-Berg sogar zum Ausgangspunkt des Baltischen Weges, der bekannten Menschenkette von Vilnius bis nach Tallinn, der estnischen Hauptstadt.

Deutlich zu spüren in der gesamten Stadt ist die litauische Solidarität mit der von Russland angegriffenen Ukraine. Sie wissen, dass ihr Land das nächste Opfer von Wladimir



Putins Imperialismus sein kann. Und die Gefahr ist nicht weit entfernt, denn direkt an der Südgrenze des sehr dünn besiedelten baltischen Landes liegt die hochgerüstete russische Enklave Kaliningrad (Königsberg). Die Grenze zum mit Putin-Russland paktierenden Belarus unter Diktator Alexander Lukaschenko liegt von Vilnius etwas weniger als 40 Kilometer entfernt. Nicht ohne Grund sieht sich das Baltikum erneut der russischen Bedrohung ausgesetzt. Putin ist ein Revisionist, denn er möchte Grenzbeziehungen rückgängig machen. Dabei beziehen sich seine Drohungen ausdrücklich auf ehemalige Sowjetrepubliken, also auch auf Estland, Lettland und Litauen.

Vor diesem Hintergrund war unser Besuch geprägt vom Austausch der freien europäischen Völker, die nur gemeinsam ihre Freiheit verteidigen können. Den Optimismus und das Anpacken trotz schwieriger Zeiten können wir Deutschen uns jedenfalls von den Litauern abgucken. Die IGFM wird die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen im Baltikum in Zukunft verstärken. Wir sehen darin ein Zeichen notwendiger Solidarität in Zeiten, in denen russische Desinformation, gepaart mit nationalistischen und nationalkommunistischen Bewegungen, die Gefahr durch Russland verschleiern und den Freiheitswillen der ehemals okkupierten Länder offenbar nicht erkennen wollen.

Die Veranstaltung wurde mit Unterstützung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchgeführt.



Die IGFM-Delegation vor dem Okkupationsmuseum

„Wir helfen, wo wir können“

VON KARL HAFEN

Der Krieg Russlands in der Ukraine hat die Arbeit und die Hilfe der IGFM auch im Jahr 2024 geprägt. In dieser Ausgabe von „Menschenrechte“ berichten wir in separaten Beiträgen über unseren Einsatz für die zivilen Personen, die aus der Ukraine nach Russland verschleppt worden sind und von der Welt weitgehend unbeachtet ein grausames Regime erleiden, unter dem Folter, Misshandlungen, Hunger und medizinische Unterversorgung zu den entwürdigenden Handlungen gehören und die Angehörigen über Verbleib und Zustand der Inhaftierten völlig im Unklaren gelassen werden. In einem weiteren Beitrag „Stimmen des Krieges“ berichten wir über unsere Mitarbeit an der Aufklärung von Kriegsverbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung. Und, wie in der IGFM seit ihrer Gründung vor über 50 Jahren üblich, geben wir Betroffenen und Opfern nicht nur unsere Stimme, sondern lassen sie selbst zu Wort kommen. Diese Arbeit macht ungefähr 60 Prozent unseres Einsatzes aus.

Die restlichen 40 Prozent widmet die IGFM der humanitären Hilfe: Unterstüt-

zung, die von Deutschland aus direkt zu Hilfezentren und Krankenhäusern gebracht wird, sowie unser finanzieller Beistand, mit dem wir den Einsatz der Mitglieder der ukrainischen IGFM-Sektion zur Versorgung mittelloser oder gehandycapter Binnenflüchtlinge und alter Menschen in Gebieten abseits der Städte unterstützen.

Unsere Sektion, geführt von dem Juristen Anton Alekseyev, ist seit 2022 längst dem Stadium des zufälligen Hilfeangebots entwachsen. Fast alle ukrainischen IGFM-Mitglieder waren vor Ausbruch des Kriegs als Juristen in Anwaltskanzleien, bei Behörden und Gerichten beschäftigt oder nahmen als Jura-Studenten an einem Projekt zur Beobachtung von Gerichtsprozessen teil, mit dem Ziel, die Verfahren gemäß Menschenrechtsstandards zu überprüfen und zu optimieren. Als wegen des Kriegs dieses IGFM-Projekt abgebrochen werden musste, entschieden sich die Mitglieder für ihren Einsatz in der humanitären Hilfe.

Nach Anlaufschwierigkeiten können sie nun berichten: Über 100.000 Menschen haben seit Kriegsbeginn humanitäre Hil-

fe der IGFM erhalten, die Unterstützung für ukrainische Flüchtlinge etwa im Baltikum nicht mitgezählt. Von einem Büro in Kiew aus werden die stationären Hilfezentren für Kiew, Sumy, Poltawa, Dnipro, Saporischschja und Cherson organisiert. Über eine selbst entwickelte Software können sich Notleidende via Internet direkt an die IGFM wenden und konkrete Hilfe bestellen. Alle Hilfeempfänger und ihre Bitten um zukünftigen Beistand werden heute elektronisch erfasst. Durch Vernetzung mit anderen Organisationen und durch engen Kontakt zu lokalen Behörden, die ihrerseits Empfehlungen für die Unterstützung von Bedürftigen abgeben können, ist ein Missbrauch der Hilfeangebote nahezu ausgeschlossen.

Das Jahr 2024 begann wie in den Vorjahren für die Helfer mit der Ausrichtung eines Weihnachtsfestes in einem Kinderheim. In der Sumy-Region wurden nach der Zerstörung von Wärme- und Heizungszentralen in den Orten Seredyna-Buda und Berezovka warme Kleidung und Decken verteilt. In Petrovskaya in der Region Kiew versorgten die IGFM-Helfer das städtische Sozi-



Helferteam der Juristen der IGFM-Sektion Ukraine – Zweiter von links: Anton Alekseyev

FOTO: IAC-ISHR/UKRAINE

alzentrum mit einem Grundstock an Hygieneartikeln auf die Bitte der Stadt hin. Die Verteilung von warmer Kleidung und Decken nach Zerstörung von Wärme- und Heizungszentralen gehört inzwischen zum Standard.

Anton Alekseyev berichtet: „Unser Team besuchte im März die Gemeinde Seredino-Budskaya in der Region Sumy, die in der

Nähe der Kampfzone liegt und fast täglichem Beschuss ausgesetzt ist. Wir verteilten an 300 Familien Isolationssets für Bewohner und Binnenvertriebene. In der Region Poltawa verteilten wir humanitäre Hilfe an die Bewohner von Klyushnikovka, wohin viele aus der Region Donetsk geflohen waren, unter ihnen Flüchtlinge mit Behinderungen und zahlreiche Kinder, die bis dahin noch nie

Hilfe erhalten hatten. In Putivl in der Region Sumy statteten wir 500 Familien mit aufladbaren Taschenlampen aus und versorgten sie mit Trinkwasservorräten, in Shishatska und Lubny Hromada in der Region Poltawa waren es insgesamt 450 Familien. Ende März übergaben wir in Svatovo an 300 Familien, die aus der Region Luhansk geflohen waren, Pakete mit Hygieneartikeln, die für drei Monate ausreichen sollen.“ Nahezu wöchentlich schickt Anton Alekseyev einen Bericht nach Frankfurt, und belegt jeden Bericht mit vielen Fotos, ja Hunderten Fotos von Hilfeempfängern. Bis Oktober wurden über das Jahr 2024 mehr als 3.000 Familien unterstützt. Hinzu kamen weitere Einzelaktionen wie etwa die Verteilung von Spielsachen und Süßigkeiten an kranke Kinder in dem von russischen Bomben angegriffenen Kinderkrankenhaus in Kiew Anfang Juli 2024.

Bei der Verteilung der Hilfsgüter trafen die IGFM-Mitglieder wiederholt auf traumatisierte Kinder, insbesondere entlang der Kriegszonengrenzen. In der Stadt Putivl wurden die Studenten der dortigen Schule Nr. 1 durch Teilnahme an einem Intensivkurs im IGFM-Programm „Wahrnehmen-Analysieren-Handeln“ in die Jugendarbeit mit traumatisierten Kindern nach den Prinzipien des Humanismus und des gegenseitigen Verständnisses eingeführt. Wie in Putivl, so begleitet die IGFM-Sektion Ukraine mit finanzieller Unterstützung der deutschen Sektion auch in anderen Städten ihre humanitäre Hilfe mit Kursen über Menschenrechte und das Recht auf Entwicklung. „Unsere Mission ist es, junge Menschen zu unterstützen und ihnen zu helfen, neue Erfahrungen zu sammeln und ihre Talente zu entwickeln“, sagt Anton Alekseyev. „So haben wir unter anderem im Rahmen dieses Programms einen Zeichenwettbewerb für Kinder veranstaltet, in denen sie ihre Träume von ihrer Zukunft visualisieren konnten. Der Zweck dieser Veranstaltung ist es, Kinder zu unterstützen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich von unseren Realitäten abzulenken und Bedingungen für die Entwicklung ihres kreativen Potenzials zu schaffen. Wir danken jedem, der uns geholfen hat, diese ebenso wunderbare wie notwendige Initiative einzurichten: dem deutschen IGFM-Team, dem Team der Putivl-Schule Nr. 1, dem Bürgermeister Konstantin Gavrilchuk und anderen, die uns die Ausstattung zur Verfügung gestellt haben.“



Andrang im IGFM Verteil-Center



IGFM-Lieferdienst auf dem Land



FOTO: IAC-ISHR UKRAINE

Urkunde für Ideenreichtum – Kleine Teilnehmer des Kreativprojekts für traumatisierte Flüchtlingskinder

Sylvia Wähling, ehemaliges IGFM-Vorstandsmitglied der deutschen Sektion der IGFM, hält seit Ausrichtung einer Weih-

Ein ganz besonderer Service ist das Angebot der Sektion, Familienfotos und andere Erinnerungsfotos, die Flüchtlinge noch gerade vor der Zerstörung als letzte Erinnerung an ihre alte Heimat retten konnten, zu digitalisieren und in einer zentralen Datei zu speichern, wo sie von den Besitzern und ihren Nachfahren abgerufen werden können. Vielen stehen die Tränen in den Augen, wenn sie gerade einmal ein oder zwei Fotos haben mitnehmen können.

nachtsaktion im Kinderkrankenhaus in Odessa im ersten Kriegsjahr engen Kontakt zur leitenden Kinderschwester Svetlana. Sie berichtete im Januar 2024, dass die Klinik aufgrund der zunehmenden Zahl verwehrter Kinder an seine Leistungsgrenze gekommen sei. Am dringendsten seien Venen-Katheder plus Zubehör notwendig.

Unser Aufruf im Newsletter „Für die Menschenrechte“ Anfang dieses Jahres wurde positiv aufgenommen. In Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtszentrum Cottbus konnten wir das Kinderkrankenhaus mit Kathedern für 36.367 Euro versorgen.

Auch die nächste Bitte zur Ausstattung des Kinderkrankenhauses mit chirurgischen Nahtmaterial im Wert von circa 40.000 Euro konnten wir erfüllen. Unser Dank gilt allen Spendern für die großzügige Unterstützung und ganz besonders unserem Mitglied Jens Leisenberg, der die Hilfsgüter in mehreren Transporten von Deutschland aus bis Odessa brachte und persönlich übergab, um zu gewährleisten, dass diese wertvolle Hilfe nicht in fremde Hände gerät. Leisenberg, mit dem wir während seiner Fahrten stetig in Kontakt standen, schickte uns Fotos und Videos von Beschuss links und rechts seiner Route. Respekt für seinen Mut!

Im Juli erhielten wir die Bitte der Caritas in der Stadt Sokal nahe der polnischen Grenze, 310 Kinder, ausgebombt im Bezirk Kupjansk und jetzt untergebracht in einem Studentenwohnheim in Charkiw, mit Unterrichtsmaterialien für das neue Schuljahr auszustatten. Auch hier war Sylvia Wähling der Motor einer Aktion, die in Zusammenarbeit mit dem MRZ und unserem Fahrer Jens Leisenberg im September 2024 verwirklicht werden konnte.

Die Zukunft der Unterstützung der Menschen in der Ukraine fasste Anton Alekseyev wie folgt zusammen:

„Jeden Tag gibt es mehr und mehr Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind. Deshalb hören wir nicht auf und setzen unsere Aktivitäten fort, damit jeder, der sie braucht, Unterstützung bekommt. Wir danken allen Partnern, die uns dabei helfen, sowie unseren Begünstigten für ihr Vertrauen.“



FOTO: IGFM

Nahtmaterial im Einsatz

ARMENIEN

Projekt Medienpädagogik

Aufbau einer internationalen Informationsplattform

VON KARL HAFEN



FOTO: ISHR ARMENIA

Bela Schikarjan (mit blauer Hemdbluse vor dem Plakat) und Teilnehmerinnen des Projekts

Seit den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gibt es in Armenien eine IGFM-Sektion, die sich für die Achtung der Menschenrechte und die Förderung der Demokratie einsetzt. Zudem leistete sie wiederholt mit finanzieller Unterstützung der deutschen Sektion humanitäre Hilfe, wie nach der Flüchtlingswelle aus Bergkarabach.

Aktuell unterstützt die deutsche Sektion ein Projekt zur Förderung von Medienakteurinnen. Mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes hat die IGFM junge Frauen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die an journalistischen Fakultäten studieren oder sich für den Beruf Journalistin entschieden haben, eingeladen, sich in einer Seminarreihe zu Themen wie Bekämpfung von Desinformation, journalistische Begleitung von Gerichtsverfahren und in anderen Bereichen weiterzubilden.

Wie schon in dem früheren erfolgreich abgeschlossenen IGFM-Projekt der Östlichen Partnerschaft (ÖPR) ist das Ziel die Schaffung einer neuen gemeinsamen Platt-

form und die Entwicklung langfristiger armenisch-deutscher Zusammenarbeit. Demokratische Werte sollen dabei forciert werden, indem die Medienkompetenz junger Menschen ebenso gesteigert wird wie die Möglichkeit, ihre Interessen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Dazu gehört auch der Schutz der Menschenrechte durch Dokumentation der Geschichten gewaltsam vertriebener Menschen, eine effektive Kommunikation und den Austausch europäischer Erfahrungen. Das Projekt dauert insgesamt sieben Monate.

Die Schulungen finden über einen Zeitraum von 90 Tagen in drei Blöcken statt. Ein Block umfasst drei Seminare und eine Diskussionsrunde zu je etwa 20 Teilnehmerinnen. Die insgesamt 60 jungen Frauen werden von zehn Lehrern und professionell tätigen, journalistischen Persönlichkeiten durch die Seminare geführt.

Am Ende erhalten die sechs besten Absolventinnen eine Einladung zur IGFM nach Deutschland, wo sie über den Zeitraum von einem Monat die Gelegenheit

erhalten, mit dem IGFM-Medienteam gemeinsame Datenbanken für eine neue internationale Nachrichten-Plattform zu erstellen, die sich als wertvolle Informationsquelle insbesondere an Jugendliche und Schüler wendet.

Bis Redaktionsschluss im Oktober 2024 haben drei Kurse stattgefunden. Bela Schikarjan, Vorsitzende der IGFM-Sektion Armenien, studierte Philologie und ist ausgebildete Journalistin. Sie schickte uns per E-Mail folgende Nachricht:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern haben wir auch den dritten Block des Projekts "Ausbildung von Medienakteuren" abgeschlossen. Dieses Mal haben sich mehr als 20 unerfahrene Journalistinnen, Bloggerinnen und Aktivistinnen aus Shirak Marz (nordwestliche armenische Provinz; Anm. d. Red.) unserem Projekt angeschlossen. Aus diesem Grund wurde beschlossen, die nächsten Seminare in Shirak Marz abzuhalten.“

Informationsseite der IGFM-Sektion Armenien: <https://ishrarmenia.am/>

Unser Auftrag 2024 und die Zukunft unseres Irak-Einsatzes

VON KARL HAFEN

Seit November 2014 ist die IGFM im Nordirak im Einsatz. Leistete die IGFM in den ersten beiden Jahren noch praktische humanitäre Nothilfe für Flüchtlinge in registrierten sowie nicht registrierten – den sogenannten „wildern“ Lagern – mit dem Schwerpunkt der Unterstützung für gehandicapte Flüchtlinge, so war die humanitäre Hilfe bereits 2015 begleitet vom Aufbau von Nähstuben, um aus der IS- Gefangenschaft freigekommenen Jesidinnen einen Ort der Begegnung mit Frauen gleichen Schicksals zu bieten. Der Einrichtung von Alphabetisierungskursen für Frauen und Mädchen, die in den Jahren ihrer Gefangenschaft keinen Unterricht besuchen konnten, folgten bis in die jüngste Zeit viele weitere Schulungen bis hin zu Angeboten, den Horizont in Kultur, Sport und Sprachen zu erweitern, sowie zur beruflichen Qualifikation. Unser ganz besonderer Dank geht an die IGFM-Ehrenvorsitzende Katrin Bornmüller und ihre Arbeitsgruppe in Wittlich in der Eifel, die durch Spenden diese Kurse – inzwischen über die Jahre mehr als 50 – ermöglicht haben, durch Finanzierung des notwendigen Equipments, des Lehrmaterials und der Löhne für die Lehrkräfte.

In fast jedem Jahr haben wir Ärzte gewinnen können, die ihre Urlaubszeit in den Dienst der Flüchtlinge stellten. Im Jahr 2024 waren es die Zahnärztin Dr. Kirsten Holst und ihr Team – für sie war es ihr sieb-



Zahnärztin Kerstin Holst im Irak beim Einsatz

ter Einsatz – sowie der Allgemeinmediziner Dr. Jens Feigel. Holst war im Lager Kabarto eingesetzt. Sie hat 111 Patienten behandelt, hauptsächlich Kinder und Jugendliche, deren Zahnprobleme in unzureichender Beachtung von Zahnhygiene und im mangelnden Bewusstsein dafür liegen. Am Ende ihres Einsatzes standen noch etwa 300 Patienten auf der Warteliste. Der Allgemeinmediziner Dr. Jens Feigel war in Lalesh eingesetzt und arbeitete dort mit Krankenstationen zusammen. Selbstverständlich behandelte er die Kranken unabhängig von ihrem religiösen Bekenntnis. Er besuchte auch Kranke wie ein Hausarzt in ihren Unterkünften, darunter auch zwei Kinder in

Alqosch mit der Fischhautkrankheit, um deren Behandlung und Versorgung mit Medikamenten sich die IGFM seit 2015 kümmert. Bei den diesjährigen Einsätzen ermöglichten wir es Praktikanten der IGFM, IGFM-Referenten Khalil Al-Rasho zu begleiten, um die praktische Seite eines Hilfseinsatzes im Irak kennenzulernen.

Zehn Jahre nach den schweren Menschenrechtsverletzungen der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) gegen die jesidische Bevölkerungsgruppe und andere religiöse Minderheiten im Irak leben immer noch circa 330.000 Menschen in irakischen Flüchtlingslagern und rund 35.000 außerhalb in den sogenannten „wildern“ Camps.

Die politische Lage ist weiterhin bedrohlich: Die militärischen Stützpunkte der PKK im Nordosten Syriens und im Nordirak (Region Kurdistan und Shingal) werden vom türkischen Militär aus der Luft angegriffen. Dort, wo sich PKK-Kämpfer in der Nähe von Flüchtlingslagern „eingenistet“ haben, werden auch unschuldige Zivilisten zu Opfern. Dadurch wird Shingal zu einem unsicheren Aufenthaltsort für jesidische Flüchtlinge. Der Militäreinsatz Israels gegen Stützpunkte der vom Iran massiv unterstützten Terrororganisationen im Libanon und in Syrien sowie der türkische Beschuss von Stellungen der kurdischen Miliz PKK in Syrien führen zu neuen Flüchtlingsbewegungen und damit zu



Camp Mamrasha

einer weiteren Herausforderung in einer Periode, während der die Flüchtlinge eigentlich bis Ende Juli 2024 die Lager verlassen und in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren sollten. Viele Hilfsorganisationen haben bereits die Camps verlassen, ihre Flüchtlingsarbeit eingestellt oder deutlich heruntergefahren. Und tatsächlich war zu beobachten, dass zunehmend mehr jesidische Flüchtlinge die Lager verließen, um in den ehemaligen jesidischen Siedlungsgebieten einen Neuanfang zu wagen, nicht zuletzt auch wegen der vier Millionen Dinar (bei Redaktionsschluss umgerechnet rund 2.800 Euro), die jeder Rückkehrer für den Neuanfang erhalten soll.

Die Rückkehrwilligen waren nicht völlig davon überzeugt, dass ihr Vorhaben gelingen könnte, was die Statistik der Flüchtlingslager zeigt: Die meisten haben Angehörige in den Lagern zurückgelassen, um sich eine Tür für eine Rückkehr offenzuhalten, denn in den Lagern ist zumindest die Grundversorgung gesichert. Und in der Tat sind viele angesichts der Umstände in den Heimatregionen schockiert wieder in die Lager zurückgekehrt. Sie berichten von einer unsicheren Situation durch private Milizen, von zerstörter und fehlender Infrastruktur, von verminten Häusern und Feldern. Sie betonen, dass der IS wieder überall auf sich aufmerksam mache, aber wenigstens in Kurdistan durch die dortigen Sicherheitskräfte energisch bekämpft werde. Hinzu kommen aktuell türkische Luftangriffe auf die PKK, die sich zwischen der Zivilbevölkerung versteckt.

Das Vorhaben, die Lager zu schließen, wurde inzwischen vertagt. Aber es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Lager gewaltsam aufgelöst werden. Und dann wird jede Hand gebraucht, vor allem die der Frauen, denn viele Ehemänner und Söhne jesidischer Familien wurden 2014 bei dem Überfall des IS getötet, so dass sich die Last der Verantwortung für die Familie auf die Schultern der Frauen verlagert. Das ist unser Einstieg in ein neues Projekt mit der Zielgruppe Frauen.

Projekt 2024 – IGFM bildet in Handwerksberufen aus

Die Stellung der Frau in der irakischen Gesellschaft insgesamt hat sich seit dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein erheblich



Jesidin beim Schweißen

verschlechtert. Es fehlt an Hoffnung und Perspektiven: Sie leben in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen, es mangelt an Beschäftigungsmöglichkeiten. Traumatische Erfahrungen von Entführung und Vergewaltigung waren Gründe für den starken Anstieg der Suizidraten vor allem bei jungen Frauen. In den Lagern, die von internationalen Organisationen beobachtet wurden, nahmen jesidische Frauen jedoch aktiv an Kursen der IGFM teil. Während von ihnen erwartet wurde, dass sie ihre Teilhabe am öffentlichen Leben reduzierten, nutzten sie die Chance, der alltäglichen Diskriminierung in ihrem Zelt oder Container zu entkommen. Das gab ihnen Unabhängigkeit, Selbstachtung und Würde. Die Selbstmordrate sank deutlich.

Vor allem mittels der Nähkurse perfektionierten zahlreiche Teilnehmer nach Abschluss der Schulung nicht nur ihre eigenen Fähigkeiten, sondern entwickelten sich auch selbst zu Lehrkräften, die ihr Nähwissen an andere weitergeben. Darüber hinaus haben mehrere Absolventen dieser Nähkurse ihren eigenen Betrieb eröffnet.

Genau hier startet das Berufsförderungsprojekt der IGFM: Um ihnen nach der Rückkehr in die Heimat eine aktive Beteiligung am Wiederaufbau ihres Hab und Guts zu ermöglichen, erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Lagern Kabarto und Khanke in einem elfmonatigen Intensivpraktikum mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) einen Beruf im Bereich Elektroarbeiten, Schlosserhand-

werk und Tischlerei zu erlernen. Die Ausbildung umfasst neben handwerklichen theoretischen und praktischen Kenntnissen auch die Grundlagen des Rechnungswesens, Kenntnisse der Geschäftsplanung, des Finanzmanagements und der rechtlichen Richtlinien für die Eröffnung eines eigenen Unternehmens in Irakisch-Kurdistan. Die Fortschritte in der Ausbildung werden von Prüfungen begleitet und auf diese Weise attestiert. Wer diese besteht, darf dann zu Ausbildungszwecken in den Camps praktische Arbeiten übernehmen. Die Zusammenarbeit mit einer lokalen Stiftung, die in der Region tätig ist, stellt sicher, dass die Ausbildung von Fachpersonal durchgeführt wird und es zu keinen Fehlzeiten kommt. Die Auszubildenden erhalten sechs Monate lang eine kleine Ausbildungsvergütung in Höhe von 75 Euro pro Monat und nach erfolgreichem Abschluss eine kleine Gründungsbeihilfe in Höhe von 900 Euro. Begleitet wird das Projekt von öffentlichen Veranstaltungen, um Vorurteile gegenüber Frauen im Handwerk abzubauen und Frauen für das Handwerk zu gewinnen.

Die IGFM kann inzwischen berichten, dass nicht nur keine Teilnehmerin des Projekts bzw. kein Teilnehmer das Handtuch geworfen hat, sondern alle trotz des anspruchsvollen Umfangs des Projekts engagiert bei der Sache sind. Der Erfolg steckt an: Über 100 junge Leute haben gegenüber der IGFM ihr Interesse für eine handwerkliche Ausbildung bekundet, und darunter erstaunlich viele junge Frauen für das bisher weitgehend nur Männern vorbehaltene Berufsbild des Schweißers.

Schulbesuch als Chance fürs Leben

VON JOHANNES NÄDER

Durch Patenschaften der IGFM-Arbeitsgruppe Fulda können rumänische Jugendliche die höhere Schule besuchen, statt wie ihre Eltern für Tagelohn aufs Feld zu gehen.

Als wir die achte Klasse der Volksschule im ostrumänischen Dorf Gabrielescu betreten, stehen 21 Mädchen und Jungen auf, treten neben ihre Stühle und begrüßen uns einstimmig. Wir blicken in freundliche, aufmerksame Gesichter. Auf diese 14- oder 15-Jährigen wartet in den nächsten Monaten eine Entscheidung, die ihr Leben prägen wird. Denn nach acht Jahren endet die Volksschule und ihre Zukunft liegt vor ihnen: Wollen sie KFZ-Mechaniker werden, als Hotelfachkraft oder in der Lebensmittelindustrie arbeiten, vielleicht sogar ein Informatik- oder Medizinstudium anstreben?

Wir fragen, wer von ihnen im nächsten Jahr eine der Oberschulen des Landkreises in der fünfzig Kilometer entfernten Großstadt Brăila besuchen will, und es gehen 21 Hände nach oben. All diese Jugendlichen möchten gerne weiter lernen und einen höheren Schulabschluss erwerben. Etwa die Hälfte von ihnen strebt das Abitur an, die anderen träumen von einer Ausbildung an einem Berufskolleg. Während sie uns von ihren Zukunftsplänen berichten, verraten uns ihre Blicke: Sie alle haben eine Vorstellung davon, welche Bedeutung dieser Schritt für ihren weiteren Lebensweg hat.

Ohne weiterführende Schule bleibt nur die Arbeit als Tagelöhner

Doch für einige von ihnen sieht die Lebensentscheidung in Wirklichkeit ganz anders aus, genau wie für viele andere bedürftige Kinder in den Dörfern der kargen Bărăgan-Tiefebene um Brăila, wo wir als IGFM-Arbeitsgruppe seit 25 Jahren Hilfsprojekte durchführen. Können sich diese Mädchen und Jungen den Besuch der Sekundarschule leisten oder müssen sie als Tagelöhner zum Familieneinkommen beitragen? Bis zu 250 Euro verdient eine 15-Jährige im Monat durch das Hüten und Melken von Ziegen oder Kühen. Kann die Familie dieses zusätzliche Geld entbehren, um der Tochter einen Berufs- oder Schulabschluss zu ermöglichen und dadurch die Chance auf ein besseres Leben? Oder ist die Not der Familie so groß, dass jeder Zuverdienst unbedingt gebraucht wird – für Feuerholz, Strom und Lebensmittel für die jüngeren Geschwister?

Nach dem Besuch in der Klasse lädt uns der junge Schuldirektor Liviu Bucur ein, in seinem Büro Platz zu nehmen. Er hat die Leitung der Schulen in Gabrielescu und den beiden Nachbardörfern erst im vergangenen Jahr übernommen und kennt die Gemeinde gut, denn er ist selbst hier aufgewachsen. Bucur bestätigt eine Situation, die wir aus anderen Dörfern der Region kennen: Auf mehrere der Achtklässler wartet nach dem Schuljahr körperliche Arbeit statt

Lernen. Die Gründe sind überall ähnlich: Stark gestiegene Lebensmittel- und Energiepreise, Einkommensausfälle durch Missernten und Wegfall von Arbeitsmöglichkeiten, oft auch Schicksalsschläge wie Krankheit oder Tod eines Elternteils.

Weil die abgelegene Gemeinde nicht an das öffentliche Busnetz angeschlossen ist, muss sie Schulbusse anmieten und einen Eigenbeitrag verlangen: Fünfzig Euro kostet die Fahrt zur weit entfernten Oberschule monatlich für jeden Schüler – fast so viel wie das staatliche Kindergeld beträgt. Für Familien mit einem Monatsverdienst von wenigen hundert Euro sind diese Kosten kaum zu stemmen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte sichert jedem das Recht auf eine Schulausbildung zu, aber für einige Jugendliche aus Gabrielescu und ähnlich abgelegenen Dörfern dieser Region droht die Einlösung ihres Anspruchs an den Kosten für den Schulbus zu scheitern.

Wir wollen verhindern, dass Zukunftspläne junger Menschen scheitern

Wir treffen Direktor Bucur heute zum ersten Mal und haben sofort den Eindruck, dass er genau weiß, was er für die Mädchen und Jungen seines Heimatortes erreichen möchte, und dass er seine Aufgabe mit Zielstrebigkeit und Zuversicht angeht. Höflich bedankt er sich für die vier Videoprojekto-



FOTO: IGFM-AG FULDA

Zu Besuch in der 8. Abschlussklasse der Scoala Primară in Gabrielescu im Kreis Braila/Rumänien



FOTO: IGFM-AG FULDA

Zu Besuch bei der Familie von Rodica Ali. Sohn Andrei Bogdan besucht seit Sommer 2024 die Berufsschule.

ren, die wir aus Fulda mitgebracht haben, denn im neuen, mit EU-Förderung errichteten Schulgebäude fehlt es noch an jeglicher Ausstattung. Aufmerksam macht er sich Notizen, als wir unsere Arbeit und unser Schulpaten-Projekt vorstellen. Damit unterstützen wir Jugendliche, deren Schulbesuch nach der achten Klasse durch die Not ihrer Familie gefährdet ist, mit 60 Euro monatlich. Ganz bewusst ist diese Hilfe nicht an Bestleistungen, sondern an soziale Faktoren gebunden. Wir erwarten nur den regelmäßigen, engagierten Schulbesuch und wünschen uns halbjährliche Schulberichte.

22 Jugendliche unterstützen wir momentan auf ihrem Weg zum Berufsschulabschluss oder Abitur, außerdem zwei Studenten. Schulleiter, Schulsozialarbeiter, Pfarrer und die Leiterin der Bräilaer Stiftung Lumina sind unsere langjährigen Vertrauenspersonen, die die Region gut kennen und uns Kinder aus Familien in besonderen Notlagen vorschlagen. Durch dieses Netzwerk vor Ort können wir junge Menschen in Not vor dem vorzeitigen Ende ihrer Schullaufbahn bewahren.

Auch Direktor Bucur sagt zu, sich bis zum Ende des Schuljahres ein genaues Bild von der wirtschaftlichen Situation seiner Abschlusschüler zu verschaffen und uns einige von ihnen für eine Patenschaft vorzuschlagen. Wir werden dann jeden dieser Jugendlichen und ihre Familien persönlich kennenlernen, um einzuschätzen, ob unsere Hilfe ihnen den Besuch der weiterführenden Schule ermöglichen kann.

Beim jährlichen Treffen mit unseren Patenschülern in der Stiftung Lumina wollen

wir uns ein persönliches Bild von ihrem schulischen Fortschritt und ihren Plänen machen. Auch neu vorgeschlagene Jugendliche und ihre Eltern laden wir dorthin ein. Nicht immer ist die Entscheidung für uns leicht, und manchmal müssen wir sie unter Vorbehalt treffen oder verschieben, weil wir nicht sicher sind, ob ein Jugendlicher den Herausforderungen des weiten Schulweges in die Stadt und des Lernens unter schwierigen familiären Bedingungen gewachsen ist.

So war es letztes Jahr bei Familie Ali aus dem weit in der walachischen Tiefebene liegenden Dorf Râmnicele, von wo aus es keine verlässliche Busverbindung zur Schule im 35 Kilometer entfernten Bräila gibt. Trotz dieser Widrigkeit versicherte uns der 15-jährige Sohn Andrei Bogdan, nach dem Abschluss der achten Klasse auf die Berufsschule in Bräila wechseln zu wollen wie seine um ein Jahr ältere Schwester Alexandra. Unklar blieb aber, wie beide den Schulbesuch angesichts der Entfernung vom Wohnort dauerhaft gewährleisten wollten. Nachdem es im letzten Jahr nicht gelang, mit der Familie eine tragfähige Lösung zu finden, mussten wir die Entscheidung über Alexandras Aufnahme ins Schulpaten-Programm zunächst verschieben, unterstützten die Familie aber auf anderem Wege.

Auf unsere Frage, was ihnen am meisten fehlt, macht die Mutter Rodica mit einer Geste und wenigen leise gesprochenen Worten klar, dass ihr die hohen Lebensmittelpreise jeden Tag Sorge bereiten – besonders im Winter. Ohne unsere jährlichen Brennholzlieferungen müsste sie entschei-

den, ob ihre Kinder frieren oder hungern sollen. Für Tagelöhnerarbeit im Stall stellt ihr ein Bauer aus dem Dorf eine ärmliche Bleibe mit zwei Zimmern und gibt ihr zusätzlich etwa 100 Euro monatlich. Solche Abhängigkeiten und schweren Notlagen erleben wir immer wieder, besonders bei Familien, bei denen ein Elternteil fehlt, sei es durch Tod oder Trennung.

Im harten Alltag der Familie Ali ist es ein Lichtstrahl, dass Andrei Bogdan den Schulwechsel geschafft hat und nun eine Ausbildung zum KFZ-Mechaniker macht. Der junge Mann hat im Moment vor allem eine Sorge: Wie soll er sich den Zirkelkasten leisten, den er für das technische Zeichnen an der Berufsschule braucht? Wir drücken ihm noch vor Ort einen kleinen Schein für Schulmaterialien in die Hand, die er für sich und seine Geschwister kaufen soll.

Auch Alexandra hat das Jahr gemisert: Als wir sie am nächsten Tag vor der Stiftung Lumina wiedersehen, kommt sie gerade von der Nachmittagsschule – eine selbstbewusste junge Frau, die von ihren Mitschülern kürzlich zur Klassensprecherin gewählt wurde. Wir sind erleichtert, dass die Familie eine Lösung für den Schulweg finden konnte: Für Alexandra, deren Unterricht jeden Tag bis zum späten Nachmittag dauert, hat die Mutter ein WG-Zimmer in Bräila angemietet, in dem bei Schwierigkeiten mit der Busverbindung auch Andrei Bogdan übernachten kann. Da wir beide Geschwister nun dauerhaft in das Patenschaftsprogramm aufnehmen, erhalten sie zusammen 90 Euro monatlich und können so die Miete stemmen. Auch ein gebrauchtes Notebook stellen wir den beiden gemeinsam zum Lernen zur Verfügung, so wie den meisten Schulpatenkindern.

Ein Arbeitslaptop, eine monatliche Unterstützung für den Schulbesuch und die Sicherheit, dass unsere Hilfe auch im nächsten Jahr kommen wird – manchmal braucht es nicht viel, damit sich jungen Menschen aus bitterarmen Verhältnissen die Perspektive auf eine bessere Zukunft eröffnet.



Die IGFM-AG Fulda unterstützt über das Schulpatenprojekt hinaus notleidende Familien, Menschen mit Behinderungen und alte Menschen in der Region Bräila. Erfahren dazu hier mehr.

Iwan Agrusow – Ein Leben für die Menschenrechte

Iwan Iwanowitsch Agrusow, Gründungsvater der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte wäre am 2. Oktober 2024 100 Jahre alt geworden. In der Nacht vom 31. Januar auf den 1. Februar 2012 verstarb er im Alter von 87 Jahren.

Iwan I. Agrusow wurde 1924 in Petschory, einer in Estland liegenden, überwiegend von Russen bewohnten Grenzstadt geboren. Als 17-Jähriger geriet er 1941 in deutsche Kriegsgefangenschaft und wurde zwangsweise beim Umbau des breitspurigen sowjetischen Schienennetzes eingesetzt. Mit dem Rückzug verschleppten sie ihn als Zwangsarbeiter nach Bayern, wo er in einer Zementfabrik in der Nähe von Neumarkt das Ende des Zweiten Weltkriegs erlebte. Schnell fand er dort Arbeit als Hausmeister in einem Schulgebäude, das als Lager für sowjetische verwundete Militärs diente.

Bei der plötzlichen Verlagerung dieser Insassen in ein sowjetisches Militärlager nach Prag durch die Amerikaner, gelangte Agrusow in die Hände der Sowjets. Ein Oberst erklärte den nichtmilitärischen Neuankömmlingen, dass man sie als Vaterlandsverräter betrachte und sie mit dem Gulag zu rechnen haben. Dann mussten sich alle ausziehen, die Haare wurden geschoren und nackt in einer Reihe stehend, wurden ihre Daten aufgenommen. Indem Agrusow einem tschechoslowakischen Wärter sein ganzes Hab und Gut überließ, gelang ihm die Flucht aus dem sowjetischen Lager in Prag. Von dort schlich er sich nachts durch die Wälder bis in eines der ersten Flüchtlingslager der damaligen United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) für Zwangsarbeiter aus dem Osten in der Nähe von Pilsen. Es war ein jüdischer Gulaghäftling auf der Reise nach Israel, dessen Erzählungen bei Agrusow zu einer einschneidenden Erkenntnis führte: Immer wenn es aus dem Ausland Aufmerksamkeit auf sein Schicksal gegeben hatte, habe sich seine aktuelle Situation verbessert.

Agrusow, der in der Schule ein wenig Deutsch gelernt hatte, entschied sich für ein Leben in Deutschland. Im Rahmen seines Flüchtlingsstatus erhielt er eine Kurzausbildung als Radio- und Fernsichttechniker. In seinem Wohnort Berlin half er sowjetischen Flüchtlingen, die aus Angst vor der Ermordung im Gulag nicht in die Heimat zurückkehren wollten. Denn mit Beginn des



FOTO: IGFM

Kalten Krieges hatte die sowjetische Regierung alle „abtrünnigen“ Bürger zu Staatsfeinden erklärt.

Als die Erste Hilfe für Sowjet-Flüchtlinge nicht mehr so dringlich war, zog Agrusow nach Frankfurt um. Tief im orthodoxen Glauben verwurzelt, engagierte er sich in der Russisch-Orthodoxen Kirche, der religiösen und geistigen Heimat vieler Sowjet-Exilierter und Flüchtlinge, und wurde Mitglied des Kirchenvorstands.

Die Begegnung mit dem jüdischen Gulag-Häftling in Pilsen holte ihn wieder ein und in ihm reifte der Gedanke, eine Organisation zu gründen, die sich für Menschenrechte einsetzen sollte. Mit ein paar Freunden demonstrierte er am 10. Dezember 1971, am „Tag der Menschenrechte“, für die Freiheit politischer Gefangener im sowjetischen Gulag. Diese spontane Aktion führte zur Gründung der Gesellschaft

für Menschenrechte am 8. April 1972 in Frankfurt am Main.

Von der Gründung 1972 bis 1995 leitete er die IGFM als Geschäftsführender Vorsitzender. Nach zwei Schlaganfällen zog er sich aus der aktiven Arbeit in der IGFM zurück, blieb aber deren Ehrenvorsitzender und Ratgeber. Fünfzig Jahre lang stand er auf der Feindesliste des sowjetischen Geheimdienstes KGB, seit 1941 hatte er seine Eltern und Geschwister nicht mehr sehen dürfen. Lügen und gezielte Desinformation, er habe angeblich mit den Nazis kollaboriert und Juden ermordet, wurden vom KGB und dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit und ihren willfährigen Helfern im Westen verbreitet, bis er 1991 eine offizielle Einladung zum Besuch seiner Heimat erhielt, die er zusammen mit seiner Frau Franziska annahm. Die größte Genugtuung für ihn dürfte es gewesen sein, 1993 im Moskauer Kreml selbst die Gründung der ersten Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte auf dem Gebiet des ehemaligen Verfolgerstaates verkünden zu können, der in kurzer Zeit die Gründung von IGFM-Sektionen

in der Ukraine, in Belarus, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau und Usbekistan folgten

Iwan Iwanowitsch Agrusow war der Inbegriff von Mut und Demut, ein Vorbild für jeden Menschenrechtler. Für ihn war Menschenrechtsarbeit immer ein Akt christlicher Nächstenliebe, eine Ehrensache, für diejenigen einzutreten, die sich nicht selbst helfen konnten.

Einen ausführlichen Bericht über das Leben und Wirken Iwan Agrusows können Sie nachlesen in: „Menschenrechte verteidigen – Sieben Lebensgeschichten von Menschenrechtsverteidigern und das globale System zu ihrem Schutz“, herausgegeben von Matthias Böhning im Verlag für Wissenschaft & Kultur – ISSN 2942-4941 – ISBN 978-3-86269-282-8 – Verlagsauslieferung über info@vkwonline.com

Sie dürfen nicht vergessen werden

Angehörige ukrainischer Gefangener bitten um Unterstützung

Frankfurt – „Jeder Tag könnte sein letzter sein“, sagt Olena Tsyhipa, die Ehefrau von Serhiy Tsyhipa. Sie und andere Angehörige ukrainischer Zivilisten, die sich in russischer Gefangenschaft befinden, sind nach Frankfurt gekommen, um auf die unrechtmäßigen Inhaftierungen und Verschleppungen aufmerksam zu machen. Die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM) mit Sitz in Frankfurt lud die Vertreterinnen der ukrainischen Nichtregierungsorganisation „Zivilisten in Gefangenschaft“ gestern in der Pressekonferenz dazu ein, von ihren Schicksalen zu berichten.

Außer Angehörige sprachen auch ehemalige Gefangene, die von Misshandlungen erzählten, die sie selbst in russischer Haft erlebt hatten. „Ich bin durch die Hölle der Gefangenschaft gegangen“, sagte Olena Yahupova. Sie stammt aus der Nähe des Atomkraftwerks Saporischschja und

saß mehr als sechs Monate in Haft. „Im Arbeitslager wurde ich vergewaltigt und gefoltert.“ Sie forderte einen stärkeren Einsatz der internationalen Gemeinschaft, um die Freilassung gefangener Ukrainer zu erreichen.

42 000 Landsleute werden vermisst

Aktuell befinden sich mehr als 14 000 ukrainische Zivilisten in russischen Gefängnissen. Nach ukrainischen Angaben werden derzeit etwa 42 000 Landsleute vermisst. Die Dunkelziffer könnte weit höher liegen, da in dem Register keine Personen vermerkt sind, die nicht offiziell als vermisst gemeldet wurden. Gefangene kehrten teils mit schweren Verletzungen zurück und berichteten von körperlichen, sexuellem und psychischem Missbrauch, informiert die IGFM.

Die Angehörigen und ehemali-

gen Gefangenen richteten zudem klare Forderungen an die deutsche Politik: „Wir bitten die politisch Verantwortlichen in Deutschland, uns zu helfen, einen Mechanismus für die Rückkehr unserer geliebten Ehemänner und Väter zu finden.“ Liusienina Zinovkina, ebenfalls Ehefrau eines politischen Gefangenen fügt hinzu: „Sie dürfen nicht vergessen werden.“

Ihren Mann Kostyantyn Zinovkin hat das russische Militär in der Nähe seines Hauses entführt. Momentan befindet er sich unter dem Vorwurf des Terrorismus im Haftzentrum Mariupol.

Neben den gewaltsamen Verschleppungen ging es auch um unrechtmäßige Anschuldigungen. Eine Angehörige berichtete von den Spionagevorwürfen, die gegen ihren Ehemann erhoben werden, obwohl dieser sich nie außerhalb der Ukraine aufgehalten habe. Mindestens in zehn russischen Regionen gibt es nach Angaben der IGFM Haftanstalten, in denen Menschen aus der Ukraine festgehalten werden.

Politiker wie die hessische Landtagsabgeordnete Martina Feldmayer (Grüne) haben bereits innerhalb des Patenschaftsprogramms der IGFM politische Patenschaften für Kriegsgefangene in mehreren Ländern übernommen. So auch für den Ukrainer Kostyantyn Ltvinov. Olena Tsyhipa bat Abgeordnete der Landtage und des Bundestags darum, diesen Beispielen zu folgen und sich auf diese Weise für die Inhaftierten einzusetzen.

Um im Kampf für die Freilassung der Gefangenen ihre Forderungen auf die Straße zu bringen, versammelten sich die Angehörigen im Anschluss zu einer Mahnwache auf dem Platz vor dem Römer.



Viele ukrainische Zivilisten sind in Russland inhaftiert. Angehörige erinnerten daran und baten um Hilfe. FOTO: CHRISTOPH BÖCKHELER

NAOMI ZANDER